

ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT — alle 14 Tage brandaktuell
Projekt

TATblatt

Zweitageszeitung

minus 67 nummer

(12/90)

19. Juni 1990

Preis: öS 10, —

Ostautobahn: Die Barrikaden stehen

In der Nacht vom 14. auf den 15. Juni wurde die Baustelle der geplanten A4 (Ostautobahn: Wien-Budapest) besetzt. Ziel ist es, die Bauarbeiten zu stoppen und auf die Situation des Straßenbaus aufmerksam zu machen.

Etwa 80 Menschen fanden sich im Morgengrauen an der Baustelle im "Auwinkel" zwischen Bruck an der Leitha und Parndorf ein. Anders

die Bauarbeiter, die die Arbeiten (wohl wegen des "Fenstertages") schon am Mittwoch vergangener Woche eingestellt hatten.

Die BesetzerInnen rechnen mit einer Räumung am Montag morgen, (19. Juni). Doch auch in diesem Fall soll weiter besetzt werden; also: MASSIGST HINFAHREN!

Fortsetzung Seite 9.

AUSSERDEM

Hausbesetzung in Salzburg:
Seite 3

**Büro der Internationalen Welt-
ausstellungsgesellschaft in
Paris verwüstet.**
Seite 7

**EUROPOL — Europas Sicher-
heitsbehörden machen mobil.**
Seite 12

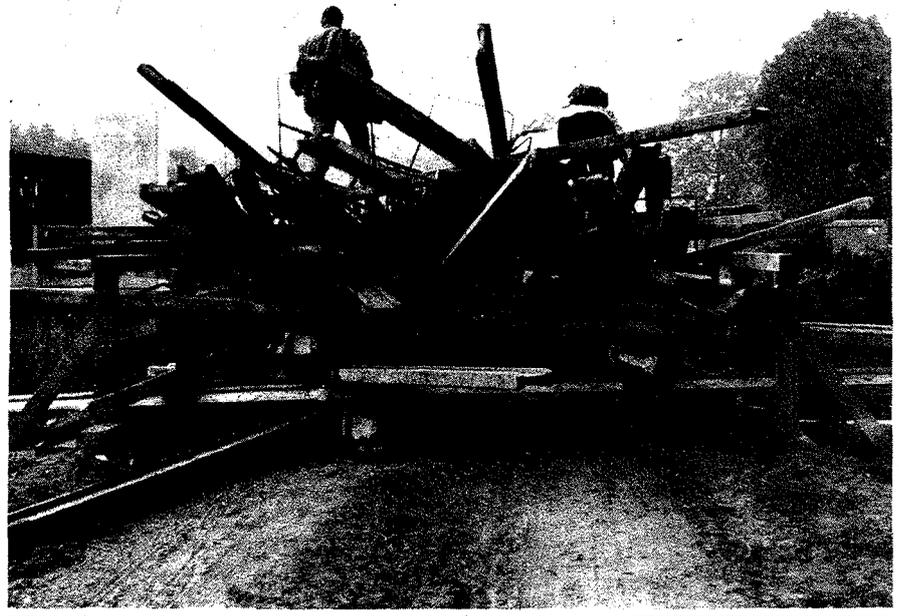
**Ein Frauenhaus für Istanbul
Der Kampf der Frauen im türki-
schen Staat.**
Seite 14

**Auf dem Weg zur kurdischen
Intifada — Der Volksaufstand in
Kurdistan weitet sich aus.**
Seite 16

**Nicaragua: Conterrevolution
im Aufwind — Wann und wie
werden die revolutionären
Kräfte reagieren?**
Seite 19

**NEU:
TATblatt-SPORT-Seite
zur Fußball WM 1990
auf Seite 24!!!**

Impressum Seite 24



Innsbruck: Klagemauer zur Wohnungsnot

(Plattform gegen Wohnungsnot und Mietenwucher, TATblatt-Innsbruck)

Am 29. 5.90 fand in der Innsbrucker Maria-Theresien-Straße eine "Wohnungsklagemauer-Aktion" statt.

Die Freigabe der Mietzinsobergrenze für Wohnungen der Kategorie A im Jahre 1986 hat deutlich gemacht, was die Liberalisierung des "freien Wohnungsmarktes" bewirkt. Steigende Mieten, Sanierungsspekulation mit Druck auf die AltmietlerInnen, steigende Obdachlosenzahlen, Umgehungsgeschäfte und durch die hohen

Mieten bedingte neue Armut. Es ist ein Irrtum, wenn verantwortliche PolitikerInnen in Österreich der Ansicht sind, daß mehr Markt im Wohnungswesen zu bedarfsgerechteren Preisen führt.

Wie die Erfahrungen in Westeuropa (freie Mietzinse, fast gänzliche Einstellung des Sozialen Wohnbaus, usw.) in den letzten Jahren zeigen, führt diese Entwicklung zu Wohnkosten, die selbst für DurchschnittsverdienerInnen nicht mehr tragbar sind, zu Überbelegung in kleinen schlech-

Fortsetzung Seite 2

Auskunftsbegehren über personenbezogene Daten führt zu Polizeieinsatz am Landesarbeitsamt Wien

(Gruppe Feministische Erwerbslose)

Am Vormittag des 15.6.1990 wollten 5 Frauen ihr Informationsrecht auf Auskunft über die beim Arbeitsamt über sie gespeicherten Daten einlösen. Zu dieser Aktion kam es, weil Arbeitslose erfahrungsgemäß beim zuständigen Arbeitsamt mit falschen Rechtsauskünften, nur teilweiser Gewährung von Einsicht in die Daten und Androhung von Diszipliniierungsmaßnahmen (Sperrung des Arbeitslosengeldes oder der Notstandshilfe) abgewimmelt werden. Es kommt auch zu Datenmanipulationen, z.B. Streichungen und vorübergehenden Löschungen diskriminierender Eintragungen. Beim zuständigen Arbeitsamt gestellte Anfragen werden nicht angenommen oder von Landesarbeitsamt oder Ministerium für Arbeit und Soziales bearbeitet. Umgekehrt wird Frau am Landesarbeitsamt an das zuständige Arbeitsamt verwiesen.

Aufgrund der Manipulationsgefahr verlangten die Frauen eine sofortige Einsichtnahme vor Ort. Die jeweilige Identität und ein schriftliches Ansuchen nach dem Datenschutzgesetz sollte erst dann bekannt bzw. abgegeben werden, wenn die jeweilige Frau vor dem Computer sitzt. Es kam zu den widersprüchlichsten Aussagen der Beamten des Landesarbeitsamtes, die sich allesamt nicht zuständig oder berechtigt fühlten, Daten abzufragen. Es wurden bewusst falsche und irreführende Rechtsauskünfte erteilt.

Zudem war das Benehmen der Landesarbeitsamtsbeamten signifikant:

Bittstellertum wurde gefordert, die Frauen von allen herbeieilenden Beamten geduzt!

Nachdem die Frauen auf ihr Recht auf Auskunftserteilung im Beisein einer Vertrauensperson bestanden, wurde die Polizei von den Beamten des Landesarbeitsamtes herbeigerufen. Unter dem Schutz von 8 Polizisten, Herrn Kainz, Herrn Lobata und vieler anderer Herrschaften wurden die Frauen aufgefordert, einzeln Einblick in die über sie gespeicherten Datensätze zu nehmen (Datenschutz?!). Die Forderung der Frauen, ohne Beisein von Polizei und anderer

Herrschaften Einblick nehmen und anschließend auch ohne Perlustrierung durch Polizisten das Landesarbeitsamt verlassen zu können, wurde ignoriert. Nach einem Versuch zu telefonieren kam es zu Handgreiflichkeiten: Die Frauen wurden gewaltsam aus dem Landesarbeitsamt entfernt.

Die Überwachung und Erfassung Arbeitsloser, insbesondere von Frauen, deren Situation am Arbeitsmarkt immer schlechter wird, liegt im "schutzwürdigen Interesse des Staates". ●

Wohnungsnot in Innsbruck

Fortsetzung von Seite 1

ten Wohnungen, sowie Obdachlosigkeit. (In der BRD lebt bereits eine halbe Million Menschen auf der Straße.)

Die Wohnungssituation in Innsbruck gleicht in vielem den Zuständen in der BRD. Laufende Räumungsklagen in städtischen "Sozialwohnungen" (Ulfiwiese; Peehofsiedlung, O-Dorf), mindestens 4.000 Wohnungssuchende (lt. GR Barent), über 4.000 leerstehende Wohnungen (lt. Wohnstättenkonzept der

Stadt) und mindestens 450 obdachlose Menschen.

"GastarbeiterInnen" zählen am Wohnungsmarkt zu den besonders Benachteiligten. Während sie von privaten Vermietern in menschenunwürdigen Löchern untergebracht werden, haben sie trotz gleicher Steuerleistung keinen Anspruch auf städtische Wohnungen oder Beihilfen.

Durch die geographische Lage gibt es nur mehr wenig Grundreserven für den Wohnbau. Da Innsbruck ein Ballungszentrum ist, kommt es zu einem ständigen Zuzug aus anderen Teilen Tirols und den übrigen Bundesländern. Besonders von der Wohnungsmisere betroffen sind auch die tausenden Studierenden dieser Stadt.

Trotz dieser Probleme verzichtet die Stadt schon seit Jahren auf einen eigenständigen kommunalen und sozialen Wohnbau.

Die Aktionsplattform fordert deshalb:

- Keine weitere Aufweichung der Mietzinsobergrenzen
- Sozialer Wohnbau durch die Stadt
- Vergabe städtischer Wohnung nach sozialen Kriterien
- Aufbau einer städtischen Servicestelle
- MieterInnenmitbestimmung in städtischen Wohnungen
- Gleiche Rechte für ausländische MitbürgerInnen
- Überlegungen bezüglich leerstehender Wohnungen (Besteuerung,...)

(Anmerkung: oder am besten besetzen, Tb-Ibk)

Nächstesmal sollte die "Klagemauer" (nicht mehr aus Schachteln) aus Beton gebaut werden — in der Maria-Theresien-Straße, dem Herzstück dieser Stadt! ●



Am Steinhof:

Kommunikationscafe aus "verwaltungstechnischen Gründen" zugesperrt!

(K.A.I.)

Das selbstverwaltete Kommunikationscafe KOMM 24 in der Psychiatrie am Steinhof gibt es seit etwa 10 Jahren. In letzter Zeit häuften sich die Schikanen der "Anstalts"-Leitung gegen unseren Cafebetrieb. Nachdem wir das Beisl Anfang Juni renoviert hatten, wurde es nun aus "verwaltungstechnischen Gründen" ohne unser Wissen gesperrt.

Wir glauben, daß die "verwaltungstechnischen Gründe" ein Vorwand sind, daß die wahren Gründe der Sperre politischer Natur sind.

Mit der Schließung des KOMM 24 soll jeglicher freier Bereich innerhalb der Zwangsanstalt am Steinhof verunmöglicht werden.

Wir brauchen eure Hilfe!

Am Sonntag, dem 24.6.'90 findet ab 14 Uhr in jedem Fall ein Solidaritätskonzert der Gruppe "Maimahd" statt (entweder im Cafe oder im dazugehörigen Garten).

Adresse: "Psychiatrische Anstalt" am Steinhof, Pavillon 24; erreichbar mit den Linien 47 A und 48 A.

●noch 100 Jahre KOMM 24 !!!●

Wohnungsnot in Salzburg: Spekulanten unter die Staatsbrücke!

In der letzten Nummer berichteten wir über die Besetzung des Hauses Innsbrucker Bundesstraße 36 in Salzburg. Dazu nun diesmal ein ausführlicherer Beitrag. Unterstützung in jedweger Form ist dringend erwünscht.



(BesetzerInnen; TATblatt-Wien)

Ein großer Teil der BesetzerInnen hatten vor der Besetzung bereits ihre Wohnung verloren oder standen kurz davor. In mühevoller Kleinarbeit wurde Material zusammengeklaut (Argumente, Flugis, Transparente, Megafone, gute Tips und einige wenige Verbündete). Beim ersten Stadtlauf ("nach Baseler Vorbild") nahmen — nach nächtelangen Plakataktionen — rund 150 Menschen teil; auf der Staatsbrücke wurden (wieder einmal; Anm. einer Salzburgerin) beide Fahrbahnen besetzt etc. Selbst das ORF-Landesstudio Salzburg brachte einen fünfminütigen Bericht über vertuschte Polizeigriffe. In weiterer Folge wurde das Bullenaufgebot auf rund 20-30 Kieberer (für Sbg sehr viel; auch eine Anm. einer Sbgerin) erhöht; trotzdem wurde am Karfreitag während einer der folgenden Stadtläufe eine Passage im Herz der Fuzo (FußgängerInnenzone) besetzt. (also ich finde das ziemlich edzend mit dem "besetzten", versteht ja keineR; Anm. des 1. Korrekturlesers)

Die Kieberer wußten erst nicht, was sie tun sollten; dann gabs "Osteramnestie": Imagepflege ist in Salzburg sehr wichtig ("Wir leben doch alle von den Touristen, nicht wahr?") Die Aktion war auch ziemlich positiv; Stimmung und Reaktionen waren gut. TouristInnen latschten durch,

glotzten und/oder waren erstaunt, von anderen Leuten kam Unterstützung oder zumindest Gesprächsbereitschaft. Die "Arbeitslosenselbsthilfe" (Grüße an die Goa nix, Anm.) erklärte sich solidarisch.

Von der Stadt bzw. ihrem Repräsentanten Fartacek kam als Verhandlungsangebot (das "Zuckerbrot" zur Peitsche) das "Rehm-Haus" in der Innsbrucker Bundesstraße. Dieses Haus war bereits von der Obdachlosenhilfegruppe "Männertreff-

punkt" (im Gegensatz zum Frauentreffpunkt) zurückgewiesen worden, weil es Oktober dieses Jahres abgerissen werden soll. Auch bei der Weiterführung der Verhandlung im "Saftladen" (Bewährungshilfe) redeten Vizebürgermeister Fartacek und Stadträtin Garber von "Betreuungskonzept" und verzögerten die Schlüsselübergabe. (Siehe die bisherigen Erfahrungen mit Verhandlungen — Aegidi in Wien, in Salzburg der Petersbrunnhof etc.)

Am 25. April war schon nicht mehr von "Betreuungskonzept" die Rede, sondern von einer "unmöglichen Verantwortung" und "sicherheitstechnischen Vorkehrungen". Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, wurde daraufhin das Haus besetzt. Ein Großaufgebot von Kieberern rückten bis jetzt nur einmal an: Grund für diese Mobilisierung war eine ausgebrannte Sicherung im Sicherungskasten des besetzten Hauses, welcher den Gold-

fischeich des Nachbarn unter Strom sätzte (ein Fisch namens ...). Die Organisation weiterer Demos scheiterte an der Tatsache, daß die meisten Leute mit anderen politischen Aktivitäten beschäftigt waren. "Beste Errungenschaft" bisher: Die "Plattform gegen Wohnungsnot", die von bisher 30 Personen unterstützt wird (nächstes Treffen: 21. Juni, 20 Uhr, Bierhaus Zipfer).•



Teures Pflaster

Wer in Salzburg jemals eine Wohnung gesucht hat, kann ein Lied davon singen: Salzburg ist das teuerste Wohnpflaster in Österreich. Im folgenden geben wir einen Artikel uns unbekannter Herkunft — leicht verändert — wieder, der einige Daten aus 1988 zum Wohnen in Salzburg zusammenfaßt.

Immer weniger Wohnungen für immer mehr Menschen

Der Wohnungsbedarf wird in den nächsten Jahren im Zentralraum Salzburg weiter steigen. 1987 gab es in Salzburg 167.950 Haushalte. Bis 1993 wird diese Zahl auf 184.600 steigen, allein in der Stadt wird der Zuwachs 5.000 betragen. Da mensch davon ausgehen muß, daß jeder Privathaushalt etwa einer Wohneinheit entspricht, müßten in der Stadt Salzburg jedes Jahr etwa 820 zusätzliche Wohnungen geschaffen werden. Der Anstieg liegt nicht an einer plötzlichen Bevölkerungsexplosion in Salzburg, sondern daran, daß immer mehr SalzburgerInnen in Ein- oder Zweipersonenhaushalten leben. 1961 lebten im Salzburger Durchschnittshaushalt noch mehr als drei Personen, 2015 werden es kaum noch zwei sein.

Gleichzeitig geht aber der Wohnungsbau zurück, insbesondere im Mietwohnungsbereich. Im übrigen sind im Bundesland Salzburg 12,3% der bestehenden Wohnungen unbewohnt: Ferienhäuser, Zweitwohnsitze, Spekulationsobjekte.

Wohnen und Einkommen

"Und wenn du die Miete gezahlt hast, bleibt Dir nichts über". In Salzburg bekommen etwa 35% aller EinkommensbezieherInnen nur etwas mehr als 5% vom Gesamteinkommen. Die unteren 68% kriegen etwa ein Drittel vom ganzen Kuchen, die obersten 7% fast genausoviel. 50% der Salzburger ArbeiterInnen erhalten weniger als 7.280 Schilling pro Monat.

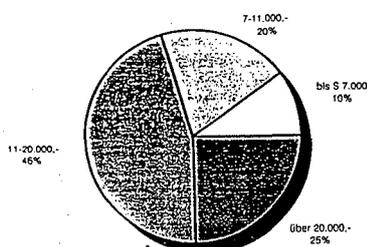
Die Preise für Grundstücke haben sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. In Salzburg ist Bauland um 74% teurer als im österreichweiten Durchschnitt, die Baukosten sind um 30% höher. In der Folge entsteht eine Schere zwischen zu niedrigen Einkommen und zu hohen Wohnkosten.

Eine durchschnittliche Salzburgerin, ein durchschnittlicher Salzburger verdient 10.130 Schilling. (Mit der Geschlechtsneutralität hapert's da ein bißchen — Fraueneinkommen sind im Schnitt niedriger als Männereinkommen. Anm.) In der Stadt gibt sie oder er 4.710 Schilling, das sind 46,5% für das Wohnen aus. Salzburg ist das mit Abstand teuerste Wohngebiet in Österreich. Die Quadratmeterpreise liegen 40% über dem bundesweiten Durchschnitt. Und wer kriegt das Geld? Aus den Brieftaschen etc. der BewohnerInnen fließt es in die der Vermieter und Verpächter. Über Kredite zur Wohnungsfinanzierung kassieren auch die Banken kräftig mit. Der Anteil der Einkünfte aus Besitz und Vermögen hat sich in den letzten 15 Jahren verdreifacht. Wundert sich eigentlich noch wer, daß in Salzburg eine überdurchschnittliche Steigerung an Millionären besteht? Auch die Wohnbauförderungsmittel bekommen nicht mehr die, die sie am nötigsten haben: Ein Viertel davon geht an Haushalte mit mehr als 20.000 Schilling Nettoeinkommen.

Neue Wohnungsnot

Die Wohnungslücke wird sich in den 90er Jahren noch weiter öffnen. Die Nachfrage nach Wohnungen kann nicht gedeckt werden, die Preise werden weiter nach oben gehen. Die Folgen werden zuerst einkommensschwache Bevölkerungsgruppen treffen. Sie werden an den Rand gedrängt, in schlechtere Wohnungen verwiesen oder auf die Straße gesetzt. Gleichzeitig wird die Wohnungsnot immer breitere Schichten treffen. ●

Verteilung der Wohnbauförderungsmittel nach Nettohaushaltseinkommen/Österreich



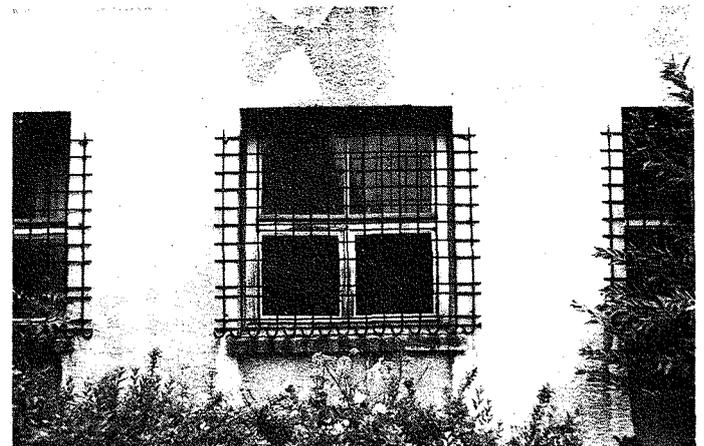
Quelle: Magistrat Salzburg, MA III/A
Rohkonzept Wohnprobleme und Wohnungslosigkeit, 1989



Das ehemalige Salzburger Arbeiteramt in der Ignaz-Harrer-Strasse diente Obdachlosen ein Zeitlang als Unterschlupf, bis die Tür mit Ketten verhängt und die Fenster vergittert wurden. Seither beehrt auch eine Wachgesellschaft regelmäßig das Gebäude mit ihren Besuchen.

Inoffiziellen Schätzungen zufolge gibt es derzeit um 8.000 Wohnungen zuwenig in im Bundesland Salzburg, davon allein etwa 5.000 in der Landeshauptstadt; die Dunkelziffer der Obdachlosen beträgt etwa 2.000 — offiziell gibt es nur 700.

In den nächsten drei Jahren sollen jährlich 100 Wohnungen dem KÜW (Kommunaler Übergangswohnraum) übergeben werden. Zitat Vizebgm Fartacek: "Man kann von dieser Schicht der Betroffenen nur von ganz unten immer wieder die ärgsten Fälle rauschaufeln."



Aktionskalender im (restlichen) Juni

21. Juni: "Plattform gegen Wohnungsnot", 20 Uhr, Zipfer Bierhaus

22. Juni ab 16 Uhr: Die Kirche baut auf dem Kapitelplatz eine Favelaansammlung. (In Brasilien werden die einfachen, zumeist aus Wellblechhütten bestehenden Behausungen Favela genannt. Übrigens, der Kirche gehört ein Drittel der Gebäude im Salzburger Altstadtbereich.) Wir werden dort eine typische Salzburger Behausung aufbauen.

24. Juni: eine autonom geführte Diskussion zum Thema "Probleme der AusländerInnen mit der Wohnungsnot", 20 Uhr, Arkadas, Gabelsberger Straße 17.

26. Juni: Erste konkrete Planungsbesprechung zum "Rockhaus", 19 Uhr 30, Urbankeller. ●

Rotstilzchen

Offener Brief an „Politiker“

Verein Rotstilzchen
Margaretenstraße 99
1050 Wien

OFFENER BRIEF

An den Bezirksvorsteher des 5. Bezirks,
die BezirksrätInnen des 5. Bezirks,
den Bürgermeister der Stadt Wien,
die GemeinderätInnen der Stadt Wien,
die Parlamentclubs

Seit über zehn Jahren gibt es das Rotstilzchen als selbstverwaltetes, unabhängiges — von den HERRschenden des öfteren zum Teufel gewünschenes — Stadtteilzentrum Margareten.

Nun droht die Diffamierungskampagne, die von den Politikern, den bürgerlichen Medien, Polizei und StaPo als verlängerter Arm der HERRschenden seit Jahren gegen autonome Gruppen betrieben wird, auch das Rotstilzchen zu vernichten.

Am 20. April fand im Landesgericht für Zivilrechtssachen die letzte Verhandlung über die Räumungsklage der Hausbesitzerin Aloisia Weiß (1070 Wien, Lerchenfelder Gürtel 34) statt; vertreten durch Max Villgratner (1010 Wien, Schellinggasse 6), dessen Frau zufällig die Hausverwalterin war — denn einige Tage später erfuhr die BewohnerInnen, daß es eine neue Hausverwaltung (Norbert Hnidek, 1150, Benedikt-Schellingerg. 23/15) gibt.

Wer der neue Hausbesitzer ist — denn daß das Haus verkauft wurde, ist ziemlich sicher — konnten wir noch nicht herausfinden.

Am 15. Mai erhielten wir das Urteil, das, wie zu erwarten, der Räumungsklage recht gibt.

Wir aber wollen hier nicht raus!

In Anbetracht dessen, daß wir uns nun in einer rechtlichen Sackgasse befinden, fordern wir die Bezirks- und GemeindevertreterInnen, insbesondere Bezirksvorsteher Walter, Bürgermeister Zilk, dem wir sein Telegramm vom Februar 1987 ins Gedächtnis rufen wollen, sowie die Stadträte Edlinger und Smejkal, die ja schon einige Erfahrung mit der Vernichtung und Verhinderung autonomer Zentren (Phorushalle, Gaga, Ägidi/Spalo, Embelgasse) haben — auf, gegen die bevorstehende Räumung des Rotstilzchens etwas zu un-

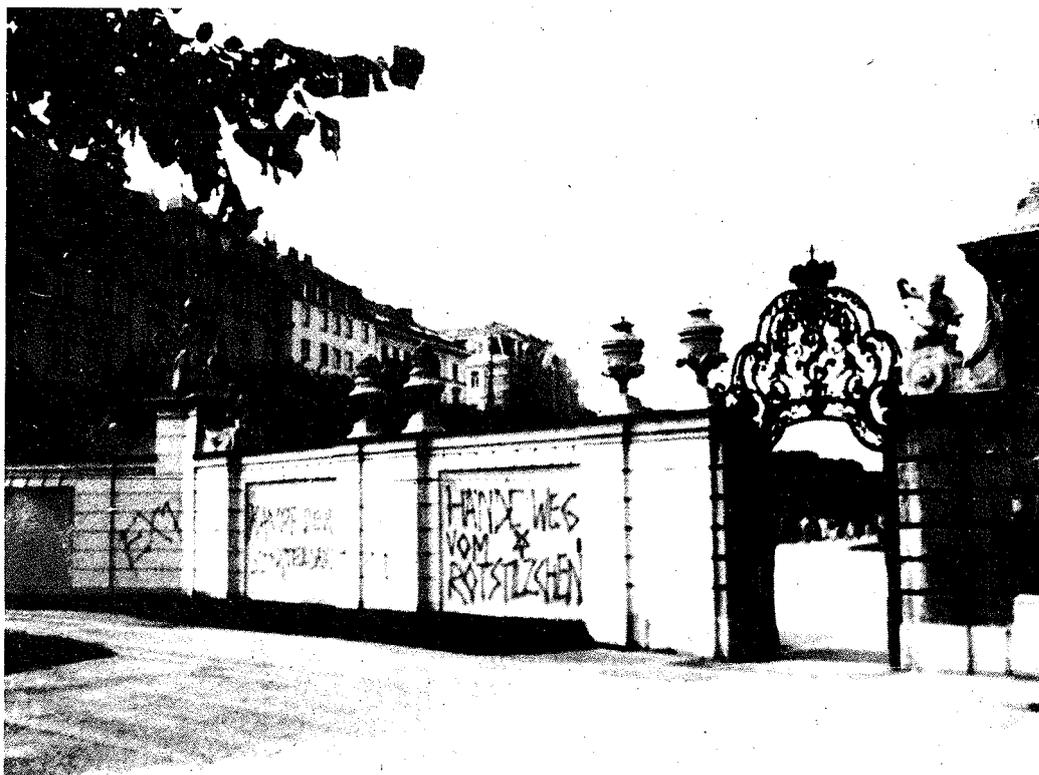
ternehmen. Argumente wie: "Das ist ein Privathaus, da können wir nichts tun"; werden wir keinesfalls akzeptieren, und sehen uns dadurch gezwungen, uns um ein Ersatzobjekt, welches unseren Mietvorstellungen entspricht, von denen es ja in Margareten — auch in Gemeinde- und Bundbesitz (z.B. in der Castelligasse) genug gibt, umzusehen.

Oder vielleicht könnte auch Stadtrat Swoboda seine im 2. Bezirk angekündigten Bemühungen gegen Spekulanten auf ganz Wien erstrecken. Ein sicheres Mittel dafür wäre, wenn die Gemeinde Wien das Haus kaufen, es renovieren lassen und dann den eigentlich Berechtigten — also den Benüt-

für ihre dadurch immer größer werdenden Gewinne bedanken.

Jedoch täuscht ihr Euch, wenn Ihr glaubt, daß wir uns das so ohne weiteres gefallen lassen werden. Freiwillig werden wir den Spekulanten und Mietwuchern, den Stadtteilerstörern und Baulöwen unser Rotstilzchen nicht überlassen. Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Mittel und Wege ausschöpfen, um eine Räumung des Rotstilzchens und damit die Weiterführung der menschenfeindlichen Wohnpolitik zu verhindern.

Wir fordern alle den Widerstand gegen Unterdrückung, AusländerInnen-



zerInnen - übergeben würde, was ohne Zweifel auch in deren Sinne wäre, da deren Weiterverbleib in ihren Wohnungen, als gesichert erscheint, da die Gemeinde Wien in Zusammenarbeit mit dem Großkapital Margareten schon längst zum Sanierungsgebiet erklärt hat, damit die Stadtteilerstörung stetig und Spekulation vorantreibt, daß in Sanierungsgebieten die Bevölkerung fast zur Gänze ausgetauscht wird (Beispiel Gumpendorf). Außerdem: Wer kann sich schon eine Kategorie A-Wohnung noch dazu in so einer "guten Lage" leisten. Sicher nicht die PensionistInnen und RentnerInnen (ca. 25%), oder die ca. 11% AusländerInnen, die sich schon jetzt kaum ihren äußerst dürftigen und desolaten Lebensraum leisten können.

Die Hausbesitzer werden sich wohl auf ihre Weise bei den HERRschenden für die Aufhebung der Kategorie-Mieten, die ständige Verschlechterung des MRG und

feindlichkeit, Spekulation und Stadtteilerstörung ein Anliegen ist, auf, sich mit uns zu solidarisieren und dies auch den HERRschenden mit Briefen, Anrufen etc. mitzuteilen.

**Keine Räumung des Rotstilzchens !
Mehr Platz für autonome Zentren !
Keine Stadtteilerstörung!**

Ansprechpersonen, die Euch auf dem Laufenden halten können, findet ihr im:

- Rotstilzchen, 5, Margaretenstr.99 Mo-Fr 18.00-22.00
- Infoladen, 5, Margaretengürtel 122-124/1/Keller Tel.: 54 23 07, Mo 16-20, Do 17-21 und Fr 15-18
- TATblatt, 6, Gumpendorferstr.157/11, Tel.: 57 49 543; Mo-Fr 14-18

Einen ausführlicheren Artikel über das Rotstilzchen bringen wir im nächsten TATblatt.

Wessen Brücken, dessen Zukunft

Die Weltausstellung Wien-Budapest kommt auch immer näher

Die Hoffnungen auf einen ungarischen Rückzieher, der auch Wien zum Aufgeben der EXPO-Pläne für 1995 hätten bewegen können, sind die Donau runtergeschwommen. In West und Ost laufen die Vorbereitungen — zumindest auf bürokratischer Ebene — auf Hochtouren.

(TATblatt-Wien)

Gleich bei seiner Antrittsrede verkündete der neue ungarische Ministerpräsident Jozsef Antall die Botschaft: Der ungarische Staat steht zum Weltausstellungsvorhaben, wenngleich auch in einer „Sparvariante“. Die EXPO soll augenscheinlich mithelfen, den totalen Anschluß an den westlichen Kapitalismus zu beschleunigen. Der ungarische Staat tut auch zweifellos nicht wenig, um westliches Kapital ins Land zu holen. Der Internationale Währungsfonds sowie private Investoren in den USA und in Kanada haben sich bereits zur Finanzierung der EXPO und der Infrastruktur bereiterklärt. Mit der Schweizer Bank Prognos AG laufen Verhandlungen über detaillierte Finanzierungskonzepte und die japanische Nomura-Gruppe ist ebenfalls entschlossen, die EXPO in Budapest — wie auch in Wien — mitzufinanzieren.(1). Für die Investoren die ideale Möglichkeit, im ehemaligen Osten Fuß zu fassen, die Ostgeschäfte von Budapest aus zu lenken. Obwohl sich dazu eigentlich Wien als idealer Standort hätten präsentieren wollen. Doch die Zeit sticht viele Wunden.

Als am 14. Juni in Paris die Generalversammlung des Internationalen Weltausstellungsbüros (BIE) tagte, fiel nicht nur die Entscheidung über den Standort der EXPO 2000 (siehe auch die Anschlagserklärung der Hannoveranischen EXPO-GegnerInnen an anderer Stelle in diesem TATblatt). An diesem Tag gaben auch Wien und Budapest die definitive rechtsverbindliche Zusage ab, 1995 die Weltausstellung abzuhalten.

WIEN: INTERNATIONALER PROJEKTWETTBEWERB

Von Mai bis Dezember 1990 findet ein internationaler Projektwettbewerb zur EXPO '95 statt, dessen Ziel es ist, auf Grundlage des Leitprogramms der Gemeinde Wien (siehe TATblatt minus 72) zu entscheiden, was nun wirklich am EXPO-Gelände gebaut werden soll. Die Ergebnisse dieses Wettbewerbs dienen ab 1991 als Grundlage für alle weiteren Planungsschritte im Rahmen der EXPO(2).

Ebenfalls ausgeschrieben wurde unterdessen ein Wettbewerb, der die Gestaltung eines Logos für die EXPO zum Thema hat.

Ausschreiberin beider (und noch mehrer) Wettbewerbe ist die

EXPO-VIENNA

Wiener Weltausstellungs AG

Diese AG (mit dem Sitz in Wien 1, Renngasse 1; Telefon [0222] 535 48 08) wurde von Bund und Stadt Wien ins Leben gerufen. Ihre Aufgaben sind die Planung,

Finanzierung und Durchführung der Weltausstellung in Bezug auf Maßnahmen innerhalb Österreichs. Am Kapital dieser Gesellschaft sollten sich, einer ersten Grundsatzklärung folgend, zuerst Bund und Land Wien zu gleichen Teilen beteiligen, wobei in weiterer Folge das gesamte stimmberedigte Kapital von Dritten übernommen hätte werden sollen(3). Von dieser Grundsatzformel wurde zwischenzeitlich abgerückt. Zeitweilen werden zwei Modelle diskutiert: Das eine wurde im April vom Wiener Finanzstadtrat Mayr präsentiert: Dieses

sieht folgende Aktienverteilung vor: Wien: 26%; Nomura-Gruppe (Japan): 26%; Creditanstalt: 24%; Zentralsparkasse: 24%. Damit wäre die Gemeinde Wien, der bekanntlich — zumindestens jetzt noch — auch die Zentralsparkasse gehört, zu 50% beteiligt. Das andere Modell stammt von Wissenschaftsminister Busek: Er favorisiert als Kapitalaufteilung: ein Drittel ÖVP-nahe Banken und Versicherungen (etwa Raiffeisen); ein Drittel SPÖ-nahe Institute (etwa Z, Wiener Holding,...); ein Drittel internationales Kapital (Nomura,...). Die Verhandlungen laufen und laufen.(4)

EXPO-WERKSTATT

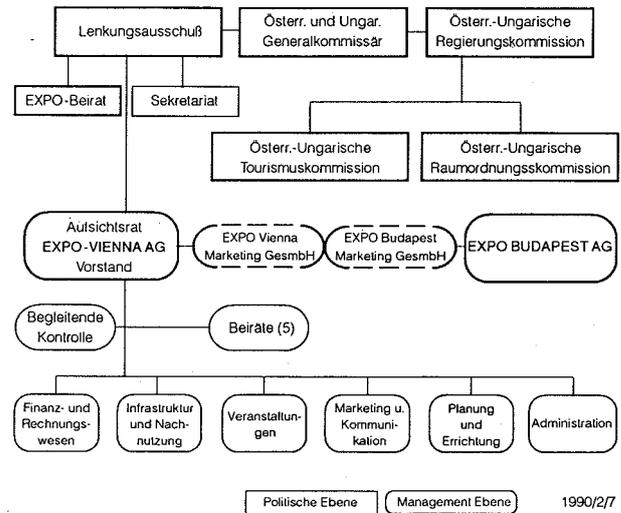
Eine neueröffnete EXPO-Werkstatt soll fortan Anlaufstelle für Ideen und Vorstellungen, Koordinationsstelle für Konzepte, Kontaktstelle u.v.a. in Sachen EXPO und dem Projekt „Wien an die Donau“ sein. Diese EXPO-Werkstatt hat ihren Sitz in Wien 8, Auerspergstraße 15/21. Telefon (0222) 48 73 44. (5)

UND DIE SOGENANNTHE LINKE

In den von der EXPO am massivsten betroffenen Bezirken Wiens formiert sich der Widerstand in Form von BürgerInneninitiativen (zB in Kaisermühlen die Unterschriftensammlung „Rettet uns vor dem ‚Donau-ALP-Traum‘“ [6]. Es gibt aber auch dubiose Gruppen wie eine „Initiative Heimat und Umwelt“, über die wir aber noch keinerlei Informationen haben — vielleicht haben sie sich bloß im Namen vergriffen).

Die Auswirkungen der Weltausstellung werden auch immer spürbarer: In der

Weltausstellung 1995
Organigramm



Offene Fragen:

- ◆ Anpassung der Organisationsform an den Projektfortschritt?
- ◆ Entwicklung von standortübergreifenden Organen für Ungarn und Österreich?
- ◆ Berücksichtigung der Interessen privater Investoren?

Grafik: EXPO-FLEX, 1. Quartal 1990; Hg: Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung Wien unter inhaltlicher Mitarbeit der EXPO-VIENNA Wiener Weltausstellungs AG

Brigittenau (Wien 20) stiegen die Bodenpreise von durchschnittlich 2500,— auf 4500,— Schilling pro Quadratmeter, wie der SP-Bezirksvorsteher Lacina auf einer Bezirksvertretungssitzung zu berichten mußte.(7) Die Auswirkungen auf die Mieten sind erahnbar. Genaue Aufstellungen über alle möglichen und schon feststellbaren Auswirkungen der EXPO gibt es bislang noch nicht.

Trotzdem betätigen sich zahlreiche „Linke“ immer verstärkter als Wegbereiter der Weltausstellung und dreschen pseudo-kritische, hochgeistige Phrasen, die vielleicht nicht widerlegbar sind, aber an der Problematik der EXPO standhaft vorbeigehen.

So wurde bei einer — nur ausgesprochen spärlich, nämlich von nur 7 Leuten — besuchten Diskussionsveranstaltung des Republikanischen Klubs (ein Intellektuellen-Zirkel, der „seinerzeit“ vor allem durch Aktionen gegen Waldheim bekannt wurde) die Idee gesponnen, die EXPO „als Trägerrakete für soziale Innovation“ zu nutzen. Ausgehend von der Einschätzung, die EXPO ohnehin nicht mehr verhindern zu können — und es offensichtlich auch gar nicht zu wollen —, soll selbige dazu genutzt werden, sozialpolitische Projekte zu entwickeln und der Welt zu präsentieren. Die Zielvorstellungen klingen zweifellos radikal: Von Nulltarif auf der Straßenbahn bis zu Basislohn und darüber hinaus. Die realen Macht- und Interessenslagen in Zusammenhang mit der EXPO werden dabei aber massiv außer acht gelassen.

Während mir das Engagement einiger fortschrittlicher Leute etwa in der Arbeiterkammer noch einigermaßen verständ-

Die schlechte Nachricht: Wir brauchen Geld!

Die gute Nachricht: Wir haben da schon eine Idee!

DIE SCHLECHTE NACHRICHT: WIR BRAUCHEN GELD!
DIE GUTE NACHRICHT: WIR HABEN DA SCHON
EINE IDEE:



**GELD MACHT GLÜCKLICH, WENN MAN/FRAU
RECHTZEITIG DRAUF SCHAUT, DASS MAN/FRAU'S
HAT, WENN'S DAS TATBLATT BRAUCHT**

Wir sind aufs Äußerste entschlossen:

Im Sommer wollen wir in unser Büro das Wasser einleiten. Und wenn möglich auch ein Klo. Derzeit müssen wir uns mit drei anderen Hausparteien ein Klo im Stock unter uns teilen. Besonders bei Veranstaltungen im TATblatt-Büro beredet das ziemliche Probleme. Das Wasser wollen wir auch dazu nutzen, endlich eine Dunkelkammer direkt im Büro zu bauen. Und dann wollen wir noch so was wie verschiedene dringend benötigte Geräte: zB einen Kassettenrecorder, damit wir nicht vor jeder Pressekonferenz oder so elendslang herumtelefonieren müssen, wo wir ihn uns ausborgen könnten. Und einen Fotoapparat wollen wir, der immer im Büro ist, für plötzliche Ereignisse. Und in ganz besonders verträumten Momenten wünschen wir uns gar ein Telefax und einen Kopierer. Doch zurück in die Realität: Die Fenster wollen wir auch abdichten. Das spart erstens Energie (Holz), und zweitens erspart es Husten, Schnupfen, Heiserkeit, falls die Energie schon aus Geldgründen gespart wird (wir uns sozusagen nicht rechtzeitig Brennholz gecheckt haben). Ein paar funktionelle Möbelchen wäre freilich auch etwas!

Nunja! Wie gesagt: Wir sind aufs Äußerste entschlossen. Das Geld ist dabei nur eine Kleinigkeit. Zumindestens das, was wir dafür haben.

Wir freuen uns daher, Sie zur neuesten TATblatt-Soli-Spenden-Kampagne begrüßen zu können! Damit wir alle auch morgen noch kraftvoll zubeissen können!

Die Latte liegt hoch: S70.000, – wollen wir zusammenschnorren! Aus diesem Grund liegt diesmal wieder einem jeden TATblatt ein Erlagschein bei. Einfach „Spende“ ankreuzeln, Unsummen einzahlen, und paßt schon.

*Sollte wider Erwarten kein Original-TATblatt-Erlagschein zur Hand sein, so wenden Sie sich bitte vertrauensvoll ans nächste Postamt (ist ganz nah und 2.300 mal in Österreich). Dort liegen Blanko-Erlagscheine, die es bloß auszufüllen gilt. Als Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen, als Kontonummer P.S.K. 7547 212. Als Geldbetrag die oben erwähnte Unsumme. Das wärs dann auch schon – fast. Den Rest erledigen Sie beim Schalter. **DANK'SCHÖN IM VORAUS!***

Geld macht glücklich, wenn man/frau rechtzeitig darauf schaut, daß man/frau's hat wenn man/frau's braucht! Nähere Informationen: TATblatt / Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11. Telefon (0222) 5749543. Konto: P.S.K. 7547 212.

lich erscheint, die die EXPO als Vorwand hernehmen, endlich zu wichtigen Themen, wie Basislohn, arbeiten zu dürfen, zwingen die Aussagen anderer DiskussionsteilnehmerInnen zum kompromißlosen Haare-zu-Berge-Stehen.(8)

Ähnlich verhält es sich mit Äußerungen, die bei einer Diskussionsveranstaltung im Frauen-Weltzentrum Anfang Juni gefallen sind. Trotz „Vorbehalte“ soll die EXPO als Trägerkate (schon wieder) benutzt werden, um mit einer Großausstellung an die Öffentlichkeit zu treten, in der Frauenarbeit als Wirtschaftsfaktor dargestellt werden soll. Die Idee dazu stammte übrigens von Stadtrat Hannes(!) Swoboda.(9)

Über die widerspruchlos in der „alternativen MONATSZEITUNG“ (MOZ) Nr 51 vom April 1990 in einer EXPO-Diskussion vertretenen These, daß es ein Recht auf Wohnen nunmal einfach nicht gäbe, daß zuallererst darauf zu schauen ist, daß die Wirtschaft in Spitzenpositionen ist, undsoweiter undnochärger, haben wir ja schon berichtet(10).

NOCH EIN VERANSTALTUNGSTIP:

Am 22. und 23. Juni finden auf der burgenländischen Burg Schlaining die „Burgenländischen Forschungstage“ zum Thema „Bedeutung der Weltausstellung Wien-Budapest für den Osten Österreichs“ statt. „Neben Informationen zum Stand der Expo-Planung bieten die Forschungstage breiten Raum zur Diskussion mit Expo-Veranstaltern, Politikern und Experten über Ideen, Konzepte und offene Fragen rund um die Weltausstellung Wien-Budapest-, heißt es im Programm. ReferentInnen sind u.a. der Wiener Stadtrat Swoboda, Pius Strobl (Grüne), Minister Busek, Leute von der AK, dem Arbeitsministerium, Öff.-Wirtschaftsministerium, Wissenschaftsministerium, TU, Bgld. Landesregierung, Naturfreunde, Expo-Kulturbeirat, ORF, Expo-Vienna-AG, Institut für Konjunktur... (Budapest), Prognostisches Institut der tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, SDS und MDF Budapest, etc. Darüberhinaus sind Arbeitskreise zu den Themen „Wirtschaft & Arbeitswelt“, „Verkehr“, „Tourismus“ und „Kultur“ geplant. Die Tagung ist öffentlich und kostenlos. Billige Übernachtungsmöglichkeit auf Matratzenlager. Keine Anmeldepflicht.

Nähere Infos gibt es bei Eva Müllner (Wien 9, Rotenlöweg. 10; Tel [0222] 31 29 732) oder bei der Bgld. Forschsges. (7000 Eisenstadt Pfarrg. 10; Tel [02682] 61363).

FUSSNOTEN:

- (1) Alfred Worm: »Zaghafte Privatisierung«; Profil Nr 23 vom 5. Juni 1990
- (2) EXPO-FLEX — Informationen zur Weltausstellung Wien-Budapest 1995; Stand 1. Quartal 1990. Hg: Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung Wien unter Mitwirkung der EXPO-VIENNA Wiener Weltausstellungs AG.
- (3) EXPO-FLEX; a.a.O.
- (4) A. Worm: »Zaghafte Privatisierung«; a.a.O.
- (5) Wiener Zeitung; 1. Juni 1990
- (6) Volksstimme 3./5. Juni 1990
- (7) MachWerk Juni 1990; (Brigittener ECHO 2/1990); Hg KPÖ-20; 1200, Raffaelgasse 1a.
- (8) was, so für sich alleine, zugegebenermaßen auch noch keine revolutionäre Handlung ist
- (9) Volksstimme 3./5. Juni 1990
- (10) TATblatt minus 72

Widerstand gegen Weltausstellungen international: Internationales EXPO-Büro in Paris verwüstet

Die EXPO ist bei weitem kein alleinig Wiener Problem. Weltausstellungen sind immer wieder veranstaltete Zurschaustellungen der All-Macht der Technik, der Industrie, des dahinterstehenden Kapitals. Kurz: Weltausstellungen sind — oberflächlich verstaubte — Leistungsschauen des Imperialismus. Daß an den regionalen Austragungsorten gerade die ärmeren Bevölkerungskreise zugunsten einer Traumwelt reiner Reichtums den EXPOs zum Opfer fallen, ist kein unverantwortlicher Planungsfehler, sondern liegt in der Logik der Sache.

Am 14. Juni fiel im Internationalen Weltausstellungsbüro (BIE) in Paris die Entscheidung über die EXPO des Jahres 2000. Vor die Wahl Toronto oder Hannover gestellt, wurde mit 21 zu 20 Stimmen zugunsten Hannovers entschieden.

Die Bewerbung Venedigs wurde nur zwei Tage zuvor von der italienischen Regierung zurückgezogen. Dem war eine intensive Protestkampagne vorangegangen. Selbst der Venediger Bürgermeister war dagegen. Drohte die Stadt doch in der BesucherInnenflut unterzugehen. Ein folgenschweres Pink-Floyd-Konzert im Jahre 1989 mit „lediglich“ 170.000 ZuhörerInnen hat intensiv genug an der Substanz der Stadt genagt.

Auch in Hannover regt sich Widerstand, und das mit wahrhaftig grenzüberschreitenden Auswirkungen: So haben Anfang/Mitte Mai (genauere Angaben liegen uns leider nicht vor) „unbekannte Täter“Innen (6 bis 8 an der Zahl) das Büro der Internationalen Weltausstellungsgesellschaft (BIE) in Paris gestürmt, besetzt und verwüstet. Laut, sich auf Polizeiaussagen stützende, Zeitungsmeldungen, haben sie Tränengas versprüht, Farbbeutel geworfen, Telefonleitungen gekappt, Computerterminals zerstört und anschließend das Weite gesucht — und gefunden!

Zur beispielgebenden Dokumentation präsentieren wir hier die Anschlagserklärung der GenossInnen:

Expo Angreifen!

(Bekennerrinnenschreiben; entnommen aus Interim 103)

Wir haben das Büro der Weltausstellungsgesellschaft *Bureau International des Expositions (BIE)* in Paris kurzfristig besetzt und es außer Funktion gebracht, seine Infrastruktur zerstört und die Räume unnutzbar gemacht. Das Büro ist die zentrale administrative Schaltstelle für die Organisation von Weltausstellungen.

Weltausstellungen sind immer wieder gigantische Präsentationen des Imperialismus. Während das Kapital die Länder des Trikonts (Asien, Afrika, Lateinamerika) auf dem Weltmarkt brutal ausplündert, stellt es ihnen auf Weltausstellungen auch ein Eckchen zur Verfügung, schließlich soll dem Publikum verkauft werden, daß es „um die Lösung von Menschheitsfragen“ geht. Das bunte Spektakel unter dem

Motto „Mensch-Natur-Technik“ — garniert mit einem Haufen pseudokritischer Wissenschaftler — soll keinen Zweifel aufkommen lassen: Es gibt keine Alternative zur kapitalistischen Weltordnung. Und für die Katastrophen, die sie herbeiführt, werden gleich neue, katastrophale Technologien als profitable Lösungen angepriesen. Wurde bei der Brüsseler Weltausstellung 1956 mit dem Atomium, einem überdimensionalen Uranmolekül, das Zeitalter der Atomenergie eingeläutet, so soll das geplante Wahrzeichen der Hannover-Expo ein vergrößerter Ausschnitt der DNS-Spirale (Trägerin der Erbinformation allen Lebens) sein und die schöne neue Welt der Gen- und Reproduktionstechnologien propagieren. Statt die Ausbeutung von Mensch und Natur zu



ÜBERALL AUF DER WELT REGT
SICH WIDERSTAND GEGEN DIE
BLOSSE AUSSTELLUNG DERSELBEN.
WARUM?

beenden, werden diese genetisch so zu-rechtgebogen, daß zerstörte Umwelt und krankmachende Lebensbedingungen profitabel bleiben. Die Reproduktionstechnologie wird die Männerherrschaft über Frauenkörper weiter ausbauen und zementieren. Der Lebensmittelmarkt wird mit Hilfe der Gentechnologie weltweit von wenigen Konzernen beherrscht und kontrolliert, schafft so gezielt zusätzliche Abhängigkeitsverhältnisse und wird zu einer zuverlässigen Verarmungs- und Hungerwaffe.

In der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Situation hat die Entscheidung für eine Weltausstellung in Europa, in der BRD, eine besondere Bedeutung. Die EG schickt sich an, die Führungsrolle in der Welt zu übernehmen. Die BRD nutzt u.a. die Annexion der DDR und ihren Vorsprung bei der Schröpfung Osteuropas, um ihre hegemoniale Position in der EG auszubauen. Da Weltausstellungen auch immer der Selbstdarstellung der Ausrichterstaaten dienen, kann die Expo 2000 bei der mit ihr verbundenen Propaganda für das ‚4. Deutsche Reich‘ diese Vormachtstellung der BRD ideologisch untermauern. Damit knüpft sie an die Tradition der Olympischen Spiele 1936 in Berlin an.

Die Expo fängt nicht erst im Jahre 2000 an. Sie beginnt schon jetzt. So wurde bereits auf dem von der Deutschen Messe AG (Hannover) mitorganisierten Symposium (Mensch-Natur-Technik) der Anspruch der BRD untermauert, die strategischen Rahmenrichtlinien für eine erneute Eroberung des Ostens festzulegen und in den kommenden Jahren umzusetzen. Die Deutsche Messe AG war bei vielen Aktionen und Kampagnen immer wieder Gegnerin oder Angriffsziel in Hannover: so bei der IDEE 1982, Partnerland Türkei 1985, Messeanschlag 2. Juni 1985, Jobberinitiativen 1985/86, Messeblockade auf dem Mes-seschnellweg wegen des US-Angriffs auf Libyen 1986, Biotechnica 1986, Brandanschlag auf das Büro des Vorstandssprechers der Messe AG Sepp Hackmann 1989; bei diversen Aktionen gegen einzelne Staaten und Firmen auf den Messen. Die Aktionen hatten dabei wenig Bezug zueinander, die Bedeutung der Messe AG blieb in der Bestimmung des Widerstands unklar. Wir halten es daher für notwendig, dies und eventuelle strategische Konsequenzen zu diskutieren. Deutlich ist jedenfalls, daß die Messe AG eine treibende Kraft in den Bemühungen ist, Hannover als Wirtschaftsstandort ‚attraktiver‘ zu machen. So initiierte die Messe AG auch die Bewerbung für die Expo.

Diese Expo hat in dreifacher Hinsicht Funktion. Zum Einen, daß auf Symposien der Messe AG und der Landesregierung vor internationalem Kapitalpublikum Hannover sich als Ost-West-Drehscheibe im kapitalistischen Ausplünderungsprozeß Osteuropas den privaten Investoren als Know-How- und Technologiestandort anbietet; Zum Zweiten will die Deutsche Messe AG ihre Rolle als führende Ausstellungsagentur in Westeuropa weiter aus-

bauen. Zum Dritten soll mit Hilfe von Bundesmitteln die Umkämpfung der Stadt entsprechend den kapitalistischen Verwertungsinteressen finanziert werden. Derzeit werden die Yuppies zum neuen sozialen und kulturellen Leitbild gemacht: Im allgegenwärtigen Konkurrenzkampf müssen die Menschen jung, dynamisch, flexibel und spezialisiert, am besten noch innovativ sein, dann fahren sie auf der Überholspur des Lebens und können sich den Konsum leisten, der da Elend ihrer Vereinzelung überdecken soll.

An den Bedürfnissen der Yuppies wird die Stadtstruktur ausgerichtet. Die Innenstadt soll zur Erlebniszone für exotisches Shopping, Essen, Trinken und Beischlafen ausgebaut werden, wo sich der exzellente Hunger auf Luxusware menschlicher, tierischer und stofflicher Art austoben kann. Die angrenzenden Stadtteile wie List, Linden und Nordstadt dienen als gehobene Wohnviertel, angereichert durch durchgestylte Überreste von Subkulturen und ausländischen Kulturen, gesäubert von allem, was nicht vermarkbar ist, oder durch bloße Anwesenheit gesellschaftliche Konflikte offensichtlich macht. Ansonsten wird eine Pseudofreiheit der Moden und Meinungen aufgebaut, die gesellschaftliche Fronten zuleistern soll.

Die HERRschenden geben sich — anders als noch vor Jahren — keine Mühe mehr, ihre Asozialität zu vertuschen. „Natürlich“, so zB Oberstadtdirektor Lehmann-Grube, falle bei den Expo-Plänen „ein Drittel der Bevölkerung sozial hinten runter“. Ein Teil dieser „An-den-Rand gedrängten“ schuffet noch auf entgarantierten Arbeitsplätzen ohne Interessensvertretung: für das Kapital gar nicht mehr Verwertbare, wie ein Teil der SozialhilfeempfängerInnen oder Obdachlose müssen nur „handhabbar“ gehalten werden. Mit einem Programm verschiedenster Maßnahmen von Sozialamtsschikanen bis zur Passerellenordnung werde sie in einem ständigen Überlebenskampf gestürzt, dabei auf Schritt und Tritt bürokratisch kontrolliert, vereinzelt, und an den Stadtrand getrieben, wenn sie als ImmigrantInnen nicht gleich ganz rausgeschmissen werden. Frauen sind von der Ausbeutung im Rahmen des patriarchalen Systems seit jeher besonders besonders betroffen. Es weist ihnen die gesellschaftliche Reproduktionsarbeit und die Funktion der ‚Reservearmee, auf dem Arbeitsmarkt zu. Sie sollen funktionieren als Gebärd- und Aufzuchtmaschine, schmückendes Beiwerk, Frittenbräterin für jungdynamische Managertypen, als Hängematte für sexuell und auch sonst frustrierte Männer. Ihr gesellschaftlicher Abstieg ist weit mehr mit sozialer Ächtung und Isolation verbunden. Daran ändern auch Karrierefrauen und die Ausweitung des frauenspezifischen Arbeitsmarktes, nichts.

Ausgegrenzt und bekämpft werden alle, die sich aus ihrem politischen Bewußtsein heraus nicht in die HERRschenden Strukturen integrieren lassen, sondern Widerstand leisten. Sie werden kriminalisiert

und psychiatrisiert, ihre Häuser und Zentren angegriffen. Mit Parolen wie „Leute, die zu nichts nütze sind“ (HAZ am 23.9.89 über militante Expo-GegnerInnen) lenken die Medien den Haß der Unterdrückten über ihre Lebensbedingungen von den Unterdrückern ab. Nach unten soll getreten werden. „Ausländer, Penner raus!“ gröhlt das ‚gesunde Volksempfinden, gehorsam und findet seinen deutlichsten Ausdruck im mittlerweile alltäglichen Straßenterror faschistischer Banden gegen ImmigrantInnen, Lesben, Schwule, Punks und Projekte aus dem Widerstand. In Hannover wie auch anderswo ergänzt dieser Terror in den Innenstädten die Vertreibungspolitik der Kapitalstrategen und Stadtplaner, ihrer Bullen und Passerellensheriffs.

Wir setzen gegen ihre Prinzipien der Profitmaximierung und Machterhaltung unseren Kampf gegen jede Form der Unterdrückung, gegen Ausbeutung, Ausgrenzung und Isolation — für eine Gesellschaft, in der die Verhältnisse der Menschen solidarisch zueinander sind. Dieses Gegenprinzip zum Warencharakter menschlicher Beziehungen mit den vorhandenen Machtstrukturen wollen wir auch in unseren Kämpfen vorwegnehmen. Teil unseres Widerstands gegen die Expo ist es deshalb, die herrschenden Spaltungslinien zu durchbrechen, Verbindungen und Gleichzeitigkeiten zwischen Kämpfen herzustellen, die in den Metropolen und dem Trikont, innerhalb und außerhalb der Knäste und entlang verschiedener innergesellschaftlicher Widersprüche geführt werden. Wir wissen noch nicht, ob und wie der Expo-Widerstand über eine Kampagne hinauskommt. Die vielen einzelnen Projekte, die mit der Expo verbunden wären, ihre umfassenden Auswirkungen auf Alltag, Wirtschaft, Politik und Kultur bergen die Chance einer Verbindung zwischen verschiedenen Kämpfen mit unterschiedlichen Ansätzen und Mitteln. Wenn es uns jedoch nicht möglich ist, aus der Verbindung von konkreten Kämpfen Gegenmacht zu den herrschenden Gesellschaftsstrukturen zu entwickeln, dann entsteht statt einer revolutionären Perspektive nur die Neuauflage alter Erfahrungen aus den sogenannten Teilbereichsbewegungen. Eine Bewegung, die sich allein auf die Expo fixiert, kann schon nach einer Entscheidung am 14. 6. 90 in sich zusammenfallen.

Im Büro in Paris laufen die Fäden der Internationalen Weltausstellungsgesellschaft BIE zusammen. Hier werden die Generalversammlungen, Delegationen und Ausschüsse organisiert und koordiniert. Wir haben das Büro angegriffen, um ihre Arbeit direkt zu behindern, und durch die Aktion zu einer Entscheidung gegen den Standort Hannover beizutragen. Durch den Angriff auf ihre Zentrale wollen wir über den lokalen Widerstand eines geplanten Expo-Standortes hinaus zu einem Kampf in internationaler Solidarität gegen Expos überhaupt kommen.

Paris, im Mai 1990

A4-Baustelle besetzt

Fortsetzung von Seite 1

(TATblatt-Wien)

An den neuralgischen Punkten wurden Barrikaden errichtet, um die Zufahrtswege für die Baumaschinen zu blockieren. Mittels Zeltstadt richteten die BesetzerInnen sich auf eine längere Blockade ein.

Bezirkshauptmann Stockinger (Bruck/Leitha), der sich gemeinsam mit Vizebürgermeister Perger und dem Gendarmerie-Postenkommandanten vor Ort begab, um sich über die Lage ein Bild zu verschaffen und die BesetzerInnen zum Abzug zu überreden, kündigte ein "gesetzesmäßiges Handeln" an. Obwohl er sich nicht konkreter äußern wollte, ist die Bedeutung seiner Worte dennoch klar: Räumung. Die BesetzerInnen rechnen mit einer solchen am Montag morgen.

Weitaus bedrohlicher erscheint vorerst die Möglichkeit eines tätlichen Angriffs durch die "aufgebrachte Volksseele". Bereits bei einer Fahrraddemo am 10. Juni fanden sich die AktivistInnen 200 Nickelsdorfer BürgerInnen gegenüber, die keinen Hehl aus ihren Aggressionen machten. Bei der Nickelsdorfer Tankstelle wurden sie gar mit einem markigen "Heil Hitler" begrüßt. Der erstaunlich hohe Organisationsgrad der "betroffenen Bevölkerung" ist nicht mehr länger verwunderlich, wenn mensch das Engagement der lokalen Politiker kennt: Am Tage vor der Radldemo hatte der Nickelsdorfer Bürgermeister weder Kosten noch Mühen gescheut und mittels Lautsprecherwagen die Bevölkerung gegen die DemonstrantInnen aufgehetzt.

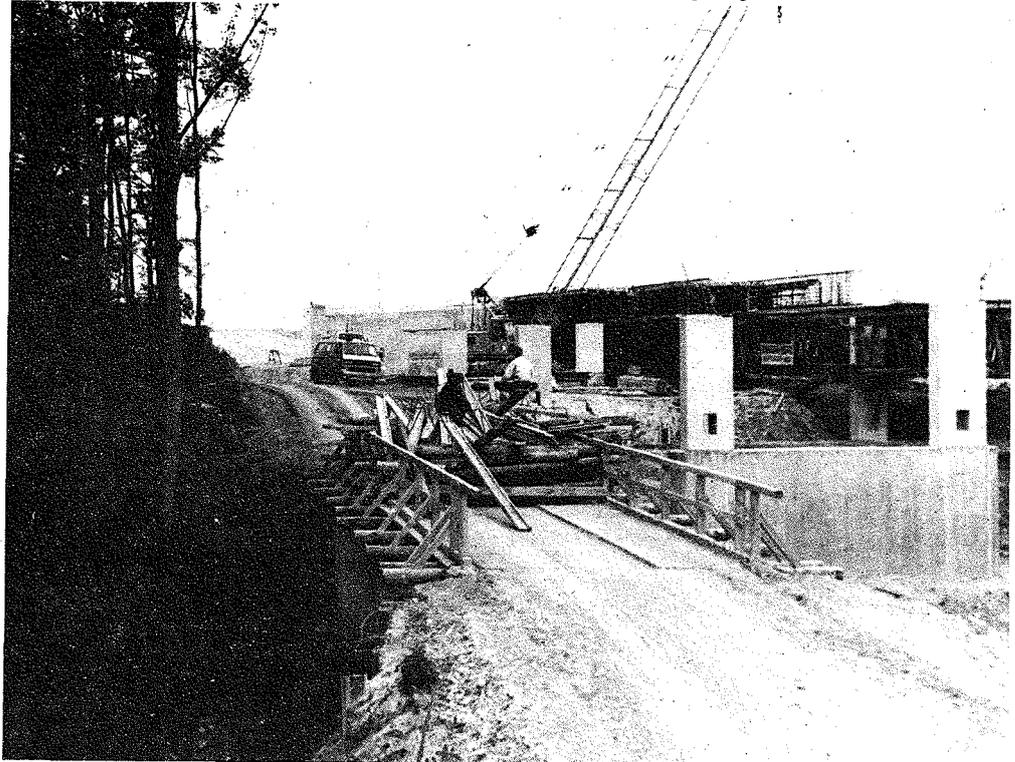
Als nun am Freitag eine Handvoll wütender Autobahnbefürworter (sogar Vizebürgermeister Perger fand Zeit, ein zweites Mal zu kommen) auf der Baustelle Prügel für die BesetzerInnen versprachen, wurden sie denn auch ernst genommen. Die Ereignisse von Fising (nächtlicher Überfall auf BesetzerInnen) haben gezeigt, daß vor körperlichen Attacken gegen BesetzerInnen nicht zurückgeschreckt wird (wobei bis heute noch unklar ist, von wem dieser Angriff durchgeführt wurde).

Diese Bedrohung scheint zu einer neuen Strategie der Abschreckung und Zermürbung zu gehören, die für die Betreiber gegenüber dem Einsatz der Polizei oder Gendarmerie den Vorteil einer höheren Akzeptanz in der Öffentlichkeit hat.

Angesicht dieser — nicht einschätzbar — Gefahr würde die Gendarmerie um Schutz der BesetzerInnen gebeten, was diese durch regelmäßige Visiten zu gewährleisten versprach. Wohl hauptsächlich aufgrund der persönlichen Ablehnung der Ausübung von tätlicher Gewalt gegenüber anderen konnten die BesetzerInnen keine

darmen das Eindringen verwehrt worden war, verzichteten die Politiker selbst auch lieber auf ihren Besuch.

Alarmstimmung kam auf, als ein Hubschrauber in geringer Höhe das besetzte Gebiet überflog. Einige erinnerten sich an Hainburg, wo kurze Zeit später die Räumung begann. Anscheinend diente



für sie befriedigende Möglichkeit zum Selbstschutz finden. Für künftige Aktionen solcher Art werden wir nicht umhinkommen, eigene ausreichende und befriedigende Verteidigungsstrategien zu entwickeln, um nicht auf den zweifelhaften Schutz durch diejenigen Personen und politischen Kräfte angewiesen zu sein, in deren Interesse ein möglichst rascher und unspektakulärer Abzug der "Störenfriede" steht. Bis zur Drucklegung dieser Ausgabe gab es noch keine Meldung von tatsächlichen tätlichen Angriffen, allerdings wurde eine Gegendemonstration der BefürworterInnen vor Ort für Sonntag angekündigt.

Aber nicht nur feindlich gesinnte BürgerInnen gibt es. Bereits einige Stunden nach Beginn der Besetzung besuchten Bauern aus Gols und Weiden die Baustelle. Sie waren sehr erfreut über die Unterstützung im Kampf gegen die Autobahn und sagten ihre Hilfe für die kommenden Tage zu. Sie wollten auch in ihren Orten Flugblätter verteilen und Telefonketten im Falle eines Angriffs oder einer Räumung in Gange setzen.

Am Samstag wollten die beiden Bezirkshauptleute das Lager inspizieren. Nachdem jedoch den begleitenden Gen-

diesmal der Flug zur Aufklärung und der Staatspolizei zum Filmen.

Die Leute sind fest entschlossen, den Weiterbau der Autobahn zu verhindern. Die A4 wäre ein enormer Anreiz für den LKW-Transit, Studien sprechen von einer drohenden Verdreifachung des LKW-Verkehrs bis zum Jahr 2000. Derzeit werden 80% des Güterverkehrs zwischen Osteuropa und Österreich auf der Schiene transportiert, nach Fertigstellung der A4 würde sich dieses Verhältnis umkehren. Die UmweltschützerInnen verlangen ein Gesamtverkehrskonzept für Ostösterreich und Sofortmaßnahmen zur Entlastung der B10-Anrainergemeinden durch Tempolimits, LKW-Nachtfahrverbot, lokale Ortsumfahrungen und Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Auch falls am Montag geräumt werden sollte, wollen die BesetzerInnen nicht aufgeben. Mit neuen, vereinten Kräften soll weiterbesetzt werden. Bitte komm auch du recht zahlreich!!!

Wahrscheinlich werden Busse organisiert.

Kontakt und Infos: GLOBAL 2000, Tel: 0222/340 342 ●

Des Grinsens Vergehen

ein anonymes Brief

Dieser anonyme Brief wurde uns von den Personen, denen er geschickt wurde zur eventuellen Veröffentlichung übergeben. Wir haben uns entschlossen, ihn samt Reaktion eines der Betroffenen abzudrucken, weil wir auch dich, geschätzte LeserIn, mit einigen Fragen konfrontieren wollen, die wir uns beim Lesen selber gestellt haben.

Mag sein, daß sich jemand mit ein paar Linken einen Scherz erlauben wollte. Geht aber aus dem Inhalt des Briefes nicht hervor, daß die Verfasser über einiges an Hintergrundwissen bezüglich der linken Tradition und der familiären Verhältnisse der AdressantInnen verfügen? Oder haben die Verfasser überhaupt, quasi "on-line", Zugang zu Informationen? Oder versuchen sie das Klima....

Wien, den 11. Juni 1990

Herr XXXXXX!

Frau XXXXXX!

Es ist durchaus legitim Sie auf Ihre seit Generationen geübte antidemokratische kommunistische Tätigkeit zu erinnern.

Der Name XXXXXX — es handelt sich um einen Vorfahren — hatte beim Kommunistenputsch im Jahre 1950 durchaus Klang.

Mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht wollten er und seine einflussreichen Gehilfen die junge Demokratie aus den Angeln wuchten.*

Der Anschlag auf die Republik mißlang jedoch. Das Ereignis des Ungarnaufstandes im Jahre 1955 zerschlug den Kommunismus in Österreich vollends.

Die Kommunisten nahmen sich daraufhin den sozialistischen Parteiausweis und krochen in die SPÖ unter. Heute nennen sie sich "GRÜNE".

Obwohl in den Ostblockstaaten der Kommunismus bereits verendet ist, können es bestimmte linksextremistisch-kommunistische ("grüne") Kreise nicht lassen, die demokratischen Rechte zu mißbrauchen.

So etwa Euer flatter 26-jähriger Nachwuchs. Mit Hilfe von "DEMOS" von Linksbanden versucht er den demokratischen Staat unregierbar zu machen und zu vernichten. Diese Methodik ist ja hinlänglich bekannt.

Seid jedoch gewarnt!

Mörderische Mauerschützen (der ehemaligen Berliner Mauer) und Angehörige des ostdeutschen Staats- und Sicherheitsdienstes ("SSD") werden ihrer gerechten Strafe nicht entkommen. Selbst wenn 20 oder 30 Jahre vergehen. Sie entkommen nicht! Es wird auch die verbrecherische, antidemokratische und staatsfeindliche Tätigkeit Eures flotten Nachwuchses verfolgt werden. Selbst nach 20 oder 30 Jahren. Da hilft kein Parteiausweis mehr.

Das allfällige zynische und höhnische Grinsen wird Euch auf Dauer vergehen.

**Einer davon war ein Polizeirat namens XXXXXX*

Soweit der Brief. Und nun die

STELLUNGNAHME DES BETROFFENEN:

Ich bin stolz, daß meine Großeltern im antifaschistischen Widerstand tätig waren.

Daß sie nicht, wie so viele damals, weggeschaut haben (konnten sie gar nicht, da sie Juden waren), sondern aktiv gegen den Faschismus gekämpft haben. Dafür wurden sie auch verhaftet, gefoltert und in verschiedene KZs gesteckt, Sie überlebten in der Emigration, wo auch mein Vater geboren wurde. Aufgrund der Erfahrungen in der Zwischenkriegszeit und später des Austrofaschismus wurden meine

Großeltern überzeugte Kommunisten.

Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges mußte mein Großvater auf Parteiwunsch in die Polizei eintreten. Er war unter anderem für die Entnazifizierung zuständig, doch schom bald wurden die Kommunisten aus der Polizei verdrängt.

Ich bin weiters stolz darauf, daß meine Großeltern sich an den Kämpfen im Jahre 1950 beteiligten. Damals gingen 10 000e ArbeiterInnen auf die Straße, um für höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen zu demonstrieren. Mit einem versuchten Generalstreik wollten die ArbeiterInnen ihren Forderungen Nachdruck verleihen.

Doch durch den Verrat der SPÖ-Führung und den Einfluß der Alliierten konnte der Streik gebrochen werden. Die geschwächte ArbeiterInnenbewegung wurde fast vollständig zerschlagen.

Seit damals gab es auch kaum noch organisierte Klassenkämpfe größeren Ausmaßes.

Durch den Zerfall der Staaten des sogenannten Ostblockes versuchen die Kapitalisten uns einzuzureden, die Idee des Kommunismus sei gescheitert. Doch da irrt sich der Schreiber. Die Idee der klassenlosen Gesellschaft ist noch lange nicht gescheitert. Vielmehr kämpfen heute schon 2/3 der Menschheit (in fast allen Staaten Asiens, Afrikas und Zentralamerikas) gegen den Imperialismus und seine Auswirkungen. Denn Imperialismus und Kapitalismus be-

deuten immer nur Ausbeutung, Unterdrückung und Tod.

Und auch in den Metropolen kämpfen immer mehr Menschen gegen ihre tristen Bedingungen. Steigende Mieten, Arbeitslosigkeit immer mehr Streß bei der Arbeit sind Teil der kapitalistischen Realität. Um von dieser Realität abzulenken, werden Sündenböcke aufgebaut.

Damals war es die jüdische Bevölkerung — heute sind es TürkInnen, JugoslawInnen, PolInnen und UngarInnen, aber auch Punks, Feministinnen, Obdachlose, Linke und sog. Drogensüchtige. Gegen sie hetzen die Herrschenden über die Medien. Sie werden für Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot verantwortlich gemacht. Auch wenn es dem anonymen Schreiber nicht gefällt, wir werden mit allen Mitteln versuchen für ein besseres menschenwürdiges Leben zu kämpfen.

Wir werden versuchen mit allen Ausgebeuteten gemeinsam gegen die Verursacher von Ausbeutung und Unterdrückung vorzugehen. Wir werden ihre Spaltungspläne durchkreuzen und das verhindert weder dein Brief, noch irgendwelche Gesetze, noch der Häfen.

**Hoch die internationale Solidarität!
Für ein selbstbestimmtes Leben ohne Zwänge!
Tod dem Faschismus!**

P.S. Unser Lachen wird Euer Untergang sein.
Nazischweine paßt bloß auf!

KURZNACHRICHTEN

EG:

Flüchtlingskonvention unterzeichnet

(standard/TATblatt-Wien)

Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft mit Ausnahme Dänemarhkas haben am Freitag eine Konvention über das Asylrecht und die Behandlung von Flüchtlingen unterzeichnet.

Der Vertrag sieht vor, daß bei Vorlage eines Asylantrages künftig nur mehr ein Mitgliedstaat für die Behandlung des Antrages zuständig sein soll. Mehrere Asylanträge, die gleichzeitig oder nacheinander in verschiedenen Staaten gestellt werden, sollen unmöglich sein.

Die Vereinbarung erfüllt damit einen wesentlichen Punkt der zu Recht als repressiv bezeichneten Vertäge bzw. Vertragsentwürfe von Schengen. Sonderbarerweise titelt der Standard die entsprechende Meldung mit "mehr Chancen für Flüchtlinge".

Die dänische Regierung wurde bei dem Treffen der Innen- und Justizminister von den anderen EG-Staaten aufgefordert, die Unterzeichnung bis Ende des Jahres nachzuholen.

Die dänische Regierung verweigerte die Zustimmung, da sie aufgrund des hohen sozialen und wirtschaftlichen Standards Dänemarks einen starken Zustrom von AsylwerberInnen "befürchtet" (Standard). Nach Angaben aus EG-Kreisen tritt die Konvention in Kraft, wenn sie von allen (noch)zwölf EG-Staaten unterzeichnet wurde.●

Tatjana ist frei!

(TATblatt-Wien)

Tatjana, die seit dem 20.4.1990 in Untersuchungshaft saß, weil sie sich gegen einen Angriff eines Skins angeblich mit dem Messer gewehrt hat, ist am Freitag, dem 1.6.1990, bei der Haftprüfungsverhandlung aus der U-Haft entlassen worden.●

Aufruf des Antifa-Plenums:

das antifa-plenum braucht dringend geld. aus dem grund werden wir einen stand auf dem flohmarkt machen. wenn ihr sachen habt, die ihr schon immer los werden wolltet und die sich eventuell auch verkaufen lassen, dann bringt sie ins rotstiltchen (5., margaretenstr. 99, mo-fr 18.00-2.00). geld alleine ist natürlich auch willkommen.●

Dieses verdammte Boot

(igara)

Seit Monaten wird um die "Aufteilung" der Flüchtlinge gestritten — offensichtlich unter dem gemeinsamen Konsens, es gäbe zuviele Flüchtlinge, nur wer sie jetzt "nimmt", darum muß noch gestritten werden.

Landeshauptlinge erklären, daß "ihr" Bundesland nur ganz wenige Flüchtlinge "verkräften" könne, willkürliche Integrationsgrenzen werden festgesetzt.

Vranitzky spekuliert mit einer "Situation und einer Stimmung in der Bevölkerung, die es gibt" (angeblich): Mehr Flüchtlinge seien "ein Hindernis für das soziale Gleichgewicht in unserem (sic) Land". Oder wie es Marizzi — zum 101. Mal — formuliert: Das Boot sei voll.

Flüchtlinge werden in Österreich wie Sondermüll behandelt: in Quoten nach Ländern aufgeteilt, von einem Ort zum anderen verfrachtet, meistens in abgelegene Gegenden ohne jede Infrastruktur — faktisch "wie der letzte Dreck". Selbstbestimmung ist hingegen ein Fremdwort.

Verschärfung der Flüchtlingspolitik hier und im internationalen Kontext

- Aufenthaltsgesetze: Asylanträge werden im Vorfeld verhindert

- Internationale Abstimmung, Mocks internationale Voreiterrolle

"Lösung der Flüchtlingsfrage" durch repressive Verhinderung jeder Fluchtmöglichkeit — Demagogie mit Kapitalexpert — Rechtfertigung: Durch Veränderungen in der Welt gäbe es kaum noch Gründe zu fliehen. V.a. durch die "Triumph der Demokratisierung" im Osten, aber auch durch Pseudo-Liberalisierungen sonstwo (überall stürzen die Diktatoren! — diese Demagogie sollte nicht unterschätzt werden)

- Wie schaut es aber wirklich aus: Fluchtgründe aufzählen, illustrieren, Fakten und Tendenzen.

Heuchelei: Es müsse dicht gemacht werden, damit die "wirklichen" Flüchtlinge noch "Platz hätten. Tatsache aber: Diese haben Null Chance. Beispiel: Flughafen, AUA-Piloten.

Außerdem: Was heißt "wirkliche Flüchtlinge". Es gibt enorm viele und unterschiedliche Fluchtgründe: Umweltzerstörungen, sexuelle Verfolgung usw. (Problem: Überschneidet sich noch mit etwas weiter oben!).

Und nicht zuletzt: Wenn sie

schreien, daß die Leute aus Polen usw. "bloß Arbeit suchen", dorthin gehen, wo es ihnen besser gehe bzw. sie sich das versprechen.

- Dieses Recht müssen sie haben! Kapital rast um die ganze Welt. Traumhafte Profite v.a. dort, wo besonders unterdrückt wird. Armut, Arbeitslosigkeit

zwingt die Leute, wegzugehen (oder wer verläßt sein Land, oft die Familie, um irgendwo zu hackeln??). Gegen jede Einschränkung des Zuzugs usw.

PS: Die Frage ist, ob dieser letzte Punkt den Rahmen hier nicht irgendwie sprengt.

•

Frauen auf der Flucht: Geschlechtsspezifische Verfolgung ist ein Fluchtgrund

(IGARA)

Der offene Brief, den wir unten im Wortlaut wiedergeben, soll ein erster Schritt sein, die spezielle Problematik von Frauen auf der Flucht stärker ins Bewußtsein zu rücken. Der Wortlaut wurde auch an das Frauenstaatssekretariat, das UNHCR und den Flüchtlingsfonds der UNO und verschiedene Medien ausgesandt.

Falls Ihr als Gruppe oder Einzelpersonen den Offenen Brief unterstützt, schickt den Offenen Brief — versehen mit Datum und Namen (der Gruppe) — an das Innenministerium, und leitet eine Kopie davon an die IGARA weiter: Initiative gegen AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus/IGARA, Stiftgasse 8, 1070 Wien.

An das Bundesministerium für Inneres
z. Hd. Minister Löschnak
Herrengasse 7
1010 Wien

Sehr geehrter Herr Minister!

Immer wieder sehen Frauen, die oftmals mit ihren Kindern unter schwersten Bedingungen aus dem Iran geflüchtet sind, sich mit einer Ablehnung ihres Asylantrages in Österreich konfrontiert. So auch Lida Zeinalpour Mahdavi, die mit ihren 3 Kindern seit fast 2 Jahren in Österreich ist, nach der ersten Ablehnung ihres Asylantrages Berufung einlegte und nun Angst hat, wieder eine Ablehnung zu erhalten. Eine Rückkehr in den Iran würde für sie Gefängnis bedeuten. Denn Flucht kommt einem Verrat am islamischen Regime gleich. Schon Jahre vor ihrer Flucht aus dem Iran hatte sie, wie viele andere auch, ihre Anstellung als Lehrerin verloren.

Neben der brutalen Verfolgung von RegimegegnerInnen überhaupt ist der Iran derzeit das herausragendste Beispiel für die massive Unterdrückung von Frauen. Normen und Gesetze basieren auf dem Koran und der Scharia. Verbunden ist damit die rechtliche Fixierung einer extremen Diskriminierung von Frauen im Ausbildungswesen, in der freien Berufswahl (Ausschluß von bestimmten Studienrichtungen und Berufen), in Ehe- und Familienrecht (Recht auf Scheidung und Vormundschaft der Kinder hat nur der Mann) sowie der persönlichen Entfaltung. Daneben müssen Frauen aber auch mit harten Strafen rechnen, wenn sie bewußt oder leichtfertig gegen für sie geltende Vorschriften, wie zB. die Kleiderordnung (Schleierzwang) verstoßen. Das Strafmaß reicht über Verwarnung, öffentliche Prügelstrafen, wiederholte Vorladungen zum "Revolutionskomitee", wo Frauen beschimpft und geschlagen werden, bis zur Vergewaltigung und Verhängung der Todesstrafe.

Frauen und Mädchen im Iran werden gegenüber der männlichen Bevölkerung in elementaren persönlichen Grundrechten beschnitten und in ihrer Würde als Menschen in elementarer Weise degradiert. (ZB. zählt das Wort einer Frau nur halb so viel wie das eines Mannes. Nicht zuletzt sei das grausame Gesetz über Vergeltung und Blutrache erwähnt, das einem Mann erlaubt, (s)eine Frau zu töten, wenn sie Ehebruch begangen hat. Ein Mann hingegen hat durch das System der Zeitehe jederzeit das Recht, sich — sogar kurzfristig — eine weitere Frau zu nehmen.)

Im Sinne des Gedankens der Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann, wie er auch in der österreichischen Verfassung proklamiert wird, erwarten wir, daß der Aspekt der sexuellen Verfolgung und Unterdrückung eindeutig als Grund für eine positive Erledigung eines Asylantrages spricht. Wir fordern die österreichische Bundesregierung auf, die Entschließung des Europaparlaments zu Fragen des Asylrechts (vom 13.3.1987) anzuerkennen, in der es ua. heißt: "...die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention müßten analog für alle Personen gelten, die wegen ihres Geschlechts oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden..."

In diesem Sinn fordern wir von den zuständigen Stellen, allen iranischen Asylwerberinnen und auch solchen aus anderen extrem frauenfeindlichen Staaten, in Österreich Asyl zu gewähren.

Wien, am

EUROPOL

Die Bullen greifen nach den Sternen

Europas Sicherheitsbehörden machen mobil

In den nächsten Jahren soll der Europäische Binnenmarkt verwirklicht, die Binnengrenzen für Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital geöffnet werden. Seit Jahren aber schon arbeiten Polizeistrategen und Innenminister daran, die "Sicherheit" an den Außengrenzen und auf dem Gebiet des zukünftigen "Gemeinsamen Marktes" auszubauen.

(Der folgende Artikel stützt sich auf die gleichnamige Arbeit von R. Gössner und N. Bethune, entnommen dem Heft: "EUROPOL — die Bullen greifen nach den Sternen. Europäische Gemeinschaft und Innere Sicherheit." Siehe nebenstehende Anzeige.)

(TATblatt Wien)

Das Szenario klingt einfach und für Otto Normalverbraucher (und Ottilie Normalverbraucherin; Anm. Korr.) bedrohlich zugleich: Durch den Zusammenschluß der europäischen Wirtschaftsmächte wird der Wohlstand ins Unermeßliche ansteigen, gleichzeitig aber immer mehr Flüchtlinge und AsylbewerberInnen aus "Drittstaaten" anlocken. Diese gilt es draußen zu halten. Durch den Wegfall der Kontrollstellen an den Binnengrenzen aber scheint der Weg freigemacht für "Terrorismustransfer", das organisierte Verbrechen würde sich ungehindert ausbreiten, Europa von (illegalen) Drogen überschwemmt werden. Die Lösung liegt also in internationaler Zusammenarbeit der nationalen Sicherheitskräfte, bzw. in der Forcierung internationaler Polizeiapparate. Vorreiter dabei spielt, wen wundert's, einmal mehr die BRD.

Die Idee einer supranationalen Zusammenarbeit ist freilich nicht neu: Bereits seit den fünfziger Jahren bestehen Vertragswerke über justizielle Zusammenarbeit wie das Auslieferungsabkommen (1957), das Rechtshilfeabkommen (1959), und die Europäische Anti-Terror-Konvention von 1977.

Gössner/Bethune: Auf zwei Ebenen werden die wichtigsten Entscheidungen getroffen: Seit 1976 unterhalten die Regierungen der EG-Mitgliedsländer die gemeinsame Planungsinstanz TREVI für verschiedene Aufgaben der "Inneren Sicherheit". Die Abkürzung steht für eine innere Feinderklärung gegen "Terrorismus, Radikalismus, Extremismus und internationale Gewalt" (Violence internationale). TREVI wird ab 1993 schrittweise die Funktionen eines westeuropäischen Innenministeriums übertragen bekommen. Und mit den Schengener Verträgen, die demnächst inkrafttreten sollen, unternehmen die Bundesrepublik, Frankreich und die Benelux-Länder seit einigen Jahren den Versuch, den zukünftigen ordnungspolitischen Trend der EG festzuschreiben.

Schengen-Abkommen

Das Schengener Abkommen, unterzeichnet 1985 in Schengen (B) von der BRD, Frankreich und den Benelux-Staaten, soll im Kleinen erproben, was im Großen wirken soll. Davon ausgehend, daß die Binnengrenzen bis 1.1.90 "möglichst geöffnet" wurden, soll das Abkommen die

"negativen Folgen ... auf dem Gebiet der Einreise und der Inneren Sicherheit vermeiden." (Art. 7) Der Entwurf des Staatsvertrages sieht Maßnahmen in folgenden Bereichen vor:

- **Ausländer-/Asylrecht:** Grenzkontrollen werden an die Außengrenzen verlagert; für knapp 100 Länder gilt Visumpflicht; Asylentscheidungen sind Schengenweit bindend; u.v.a.m.

- **Rechtsangleichung ("Harmonisierung"):** Die in der BRD übliche Hotelmeldepflicht, den Schengen-Partnern noch aus der Nazizeit bekannt, wird Schengenweit eingeführt; das Waffenrecht soll angeglichen werden; das liberale "Opportunitätsprinzip" bei Drogendelikten der Niederlande wird zugunsten des restriktiven "Legalitätsprinzips" der BRD fallen; u.v.a.m.

- **Rechtshilfe/Auslieferung:**

- **Polizeiliche und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit:** durch die Entsendung von Verbindungsbeamten wird die exekutive Tätigkeit auf fremdem Hoheitsgebiet legitimiert.

- **Schengener Informationssystem (SIS):** Ein gemeinsames Sach- und Personenfahndungssystem soll in Straßburg errichtet werden, und als Pilotprojekt für ein "Europäisches Informationssystem" dienen.

TREVI-Abkommen

Im Gegensatz zu den Schengener Verträgen wurde das TREVI-Abkommen 1976 von den damals neun EG-Mitgliedsstaaten unterzeichnet. Nach und nach hat TREVI polizeiliche und geheimdienstliche Zusammenarbeit auch über die EG-Grenzen ausgeweitet: 1986/87 wurden Übereinkünfte mit Marokko, Österreich, Kanada, Japan, USA, VR China, Jugoslawien, und Thailand getroffen. Die Zusammenarbeit mit diesen Ländern erstreckt sich auf die Terror-, Rauschgift- und Schwerverbrechensbekämpfung. Gespräche mit weiteren Staaten sind im Gange.

TREVI arbeitet heute auf vier Ebenen:

- **Antiterrorismus**
- **Allgemeine Polizeianglegenheiten:** "Harmonisierung" der Kommunikations- und Kriminaltechnik, Datenverarbeitung, Ausbildung und Ausrüstung. Z.B. Maßnahmen bei Demonstrationen, Hausbesetzungen und Objektschutzmaßnahmen. Heuer stehen u.a. Tagungen über die An-

wendung des "Genetischen Fingerabdrucks" auf dem Programm.

- **Organisierte Kriminalität / Drogen**
- **Ausgleichsmaßnahmen**

Dazu gesellen sich eine **Arbeitsgruppe: Zivil-, Katastrophen-, Brandschutz, Nukleartransporte, und eine AD HOC-Gruppe Einwanderung.**

Sitzungen des TREVI-Kabinetts, dessen Mitglieder unterhalb der Ministerebene geheimgehalten werden, finden ohne Öffentlichkeit statt; selbst EG-Beobachter sind nicht zugelassen, eine Kontrolle durch das Europaparlament ist nicht vorgesehen. Anfänglich waren nicht einmal Ort und Termin der Sitzungen bekannt: 1988 gab es auf den (damals) drei Ebenen z.B. insgesamt 24 Treffen, Tendenz steigend. Erst seitdem im Rahmen des Schengener Abkommens verstärkt für eine gesamteuropäische Union geworben wird, haben auch die TREVI-Minister ihre Zurückhaltung ein wenig gelockert und veröf-



Die Bullen greifen nach den Sternen

Europäische Gemeinschaft der Inneren Sicherheit

Herausgeber:

Bürger kontrollieren die Polizei (Bremen), CILIP — Bürgerrechte und Polizei (Berlin), Straßenmedizin — Mitteilungsblatt der Sanitätsergruppen (Hamburg)

Mit Beiträgen von:

H.-G. Behr, H. Busch, N. Bethune, Chr. Busold, O. Diederichs, R. Gössner, J. Quattremer, W. Raith, F. Scheuerer, M. Schubert, D. Schulze-Marmeling, H. Wächtler, Th. Weichert, A. Yurttagül

Inhalt: TREVI-Schengen-Europas Sicherheitsbehörden machen mobil; Festung Europa — Grenzen dicht für Flüchtlinge; BKA: im Rausch der Drogen; Europa im Datennetz; "Terrorismusbekämpfung" — Hebel zur westeuropäischen Vereinheitlichung gegen politische Opposition; Organisierte Kriminalität in Westeuropa (eine kontroverse Debatte); Nordirland — Lateinamerika in Europa? u.a.m.

Vollständige Dokumentation der Schengener Verträge

Broschüre, 64 Seiten, DIN A 4, ISBN 3-88876-039-9

DM 8.50

Bestelladresse:

Straßenmedizin c/o BI Umweltschutz Untereibe Hohensöch 83 (Hinterhaus), 2000 Hamburg 50

Einzelexemplare: DM 8.50 zuzügl. DM 1.50 P&V (DM 10.-in bar oder als Scheck) / ab 5 Exemplaren: DM 5.95 (30% Rabatt), zuzügl. P&V
Sonderrabatte bei Abnahme höherer Stückzahlen

fentlichen die Gesprächsthemen und Beschlüsse auszugsweise und in allgemeiner Form. TREVI ist also keine EG-Institution, sondern eher eine Art Koordinierungs- und Planungsinstanz für die polizeiliche und geheimdienstliche Zusammenarbeit.

Die internationale Zusammenarbeit der Polizei und Geheimdienste soll also zum einen die wirtschaftliche Machtanbahnung in Europa gegen einen Zuwandererstrom aus "Drittstaaten", auf deren Rücken der Wohlstand der Industrienationen auch weiterhin basieren wird, durch restriktive Einwanderungs- und Asylpolitik tatsächlich schützen, zum anderen wird diese "Bedrohung" aber auch weiter aufgebaut, um innerhalb der Grenzen eines vereinten Europas die Macht zu festigen, und Opposition besser kontrollieren und zerschlagen zu können.

Daß von der Aufhebung der Binnengrenzen nicht wirklich Gefahr droht, die Kontrolle der Außengrenzen allein aber nicht ausreichen kann, verdeutlichen einige Zahlen:

Der Jahresbericht des BRD-Grenzschutzes gibt an, daß bei den 1989 gezählten Grenzübertritten von über einer Milliarde die Grenzschützer gerade 120.000 Menschen aufgegriffen haben. Also 0,01 Prozent. Neben bloßen Aufenthaltsermittlungen beruhten diese Aufgriffe zu einem Drittel auf Vergehen gegen das Ausländergesetz, zu 20% auf (Paß-)Urkundenverfälschung. Nur 15% dieser erfolgreichen Kontrollen führten zu vorläufigen Festnahmen.

Gössner/Bethune: Die Propaganda zielt auf dumpfe Gefühle und soll doch ausschließlich die Macht der Repressionsapparate vergrößern. Aber nicht als Selbstzweck: Unausgesprochen geht es vor allem um vorbeugende Krisenbewältigung im gesamteuropäischen Rahmen. Denn mit dem politisch-wirtschaftlichen Einigungsprozeß gilt es auch, die abschabaren sozialen und politischen Konflikte einer Europäischen Union in Zaum zu halten.

Dazu findet sich unter der gesamteuropäischen Polizeimütze eine schillernde Familie ein: Die Spitzen des italienischen Militärs, der Geheimdienste und Polizeibehörden waren vor nicht langer Zeit in den stramm rechten Hochverratsversuch der P2-Loge verwickelt. In Griechenland, Spanien und Portugal sind die Sicherheitsapparate nach dem Abtritt der faschistischen Regimes nie ernsthaft neugebildet worden. Großbritannien, erfahren seit Kolonialtagen auf vielen Gebieten der Repression, führt einen blutigen Kleinkrieg in Nordirland. Im BRD-Sicherheitsapparat paart sich mehrfach bewiesene deutsche Gründlichkeit mit hochentwickelter Technologie; in Kürze kommen als Beute die Erfahrungen des Ministeriums für Staatssicherheit (ehem. DDR) hinzu. Mehrere europäische Länder führen Teile der Polizei als regelrecht paramilitärische Bürgerkriegstruppen. Zudem dürfen in einigen Ländern Polizeibeamte noch nicht

einmal eine Gewerkschaft aufbauen und viele Polizeien gelten als besonders anfällig für neofaschistische Vorstellungen. "Ordnung muß sein", darüber bestehen unter den EG-Sicherheitsideologen kaum Verständigungsprobleme, und der pure Machtwille der Apparate sorgt für eine gemeinsame Richtung.

Aus diesem Grund bedienen sich die Sicherheitsbehörden neben der "Harmonisierung", sprich Gleichschaltung, der derzeit noch unterschiedlichen nationalen Gesetze auch der modernsten technischen Möglichkeiten. (Dem Thema Datenvernetzung/Datenschutz ist in der erwähnten Broschüre ein eigener Beitrag gewidmet)

Mit dem maschinenlesbaren "Europaß" und dem bundesdeutschen Personalausweis stehen dabei nach Ansicht des Bremer Rechtsinformatikers Prof. Wilhelm Steinmüller die "ersten technischen Massenkontrollmittel der Neuzeit"

zur Verfügung. Mithilfe von Kontrollstellen-Regelungen, wie sie in der BRD seit dem Razziengesetz von 1978 bestehen und mit der "Schleppnetzfehndung" von 1987 erheblich ausgeweitet wurden, sind Möglichkeiten der tausendfachen Grenzziehung im Landesinnern und der massenhaften Datenerfassung geschaffen worden. An diesen "fliegenden Grenzen" sind alle Passierenden — Unschuldsvermutung hin oder her — verpflichtet, ihre Identität feststellen sowie sich und mitgeführte Gegenstände durchsuchen zu lassen; ein Straftatverdacht oder eine konkrete Gefahr sind nicht mehr Voraussetzung für diese massiven polizeilichen Eingriffe. Der Mensch wird zum Sicherheitsrisiko, die staatliche Ordnung — jetzt auch im europäischen Rahmen — hingegen zum Supergrundrecht, das alle anderen, die wirklichen Grund- und Bürgerrechte, in den Schatten stellt. ●

„Terrornest Hafenstraße“

Nach der jahrelangen aber wenig erfolgreichen Treibjagd nach Mitgliedern "terroristischer Vereinigungen" braucht der Staat BRD immer dringender vorzeigbare Erfolge. Dazu werden, von der Polizei initiiert und von den Medien willig ausgeschlachtet, TerroristInnen überall dort gesucht wo sich Widerstand regt oder gar Erfolg hat. Ein lohnendes Ziel dabei ist immer auch die Hamburger Hafenstraße.

(TATblatt Wien)

15. Mai 1990. 3.000 Polizeibeamte, Panzer des Bundesgrenzschutzes und sonstiges Räumgerät waren ausgerückt, um zwei mutmaßliche TerroristInnen in der Hafenstraße abzuholen. Der Schluß, sie gerade dort zu suchen, lag nahe, war doch eine der beiden Personen, wie bei TerroristInnen üblich, in einem der besetzten Häuser polizeilich gemeldet. Durchsucht wurden außerdem elf weitere Wohnungen im Stadtgebiet. Beschuldigt werden die beiden Gesuchten der Mitgliedschaft in der RAF, sowie Urkundenfälschung u.a.m. Außerdem sollen die beiden ein Haus angemietet haben, in dem im Dezember 89 zwei mutmaßliche TerroristInnen festgenommen wurden.

Das Areal um die Häuser in der Hafenstraße wurde zum Sperrgebiet erklärt, Journalisten der Zutritt verwehrt. Die Pressefreiheit sei hier für einige Zeit außer Kraft gesetzt, wurde ihnen mitgeteilt. Obwohl es Durchsuchungsbeschlüsse nur für zwölf Wohnungen gab, wurden die Häuser praktisch auf den Kopf gestellt. Daß die Tür offenstand hinderte die Polizei nicht daran ein Haus durch die Fenster im zweiten Stock zu stürmen. Bullen drangen mit gezückter Waffe in die Wohnungen ein. Alle anwesenden BewohnerInnen wurden vorläufig festgenommen, und mit einem Passierschein versehen aus dem Sperrgebiet verwiesen. Wohnungen wurden zum Teil arg verwüstet. Alles "Verdächtige" wurde mitgenommen und auf Grundrißskizzen vermerkt. Fette Beute: Flugblätter, Bücher, persönliche Aufzeichnungen, PCs und Disketten, Zwillen und Gaspistolen.



Foto: Arbeiterkampf

Daß diese "Beweise" nicht dafür ausreichen, einen solchen Großeinsatz zu rechtfertigen liegt auf der Hand. Daß die Polizei tatsächlich davon ausgeht, mutmaßliche TerroristInnen an ihrer polizeilichen Meldeadresse anzutreffen, kann auch nicht wirklich angenommen werden. (Ganz abgesehen davon, daß der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes den Haftbefehl gegen die zwei Personen schon am 3. April erließ, und somit erst fünf Wochen danach der Einsatz erfolgte.) Vielmehr ist diese Razzia im Zusammenhang zu sehen mit der Tatsache, daß der Kündigungsprozeß gegen die HafenstraßenbewohnerInnen am 2.7.90 seine Fortsetzung findet. Die Aktion diente der Beweisschaffung für angebliche Strafdaten. Bestens geeignet scheint sie, die öffentliche Meinung zu sensibilisieren und gegen den Freiraum Hafenstraße aufzubringen. Hier soll der Boden geebnet werden für politische Entscheidungen, denen ein noch größerer Polizeieinsatz folgen wird müssen. ●

Ein Frauenhaus für Istanbul

"Frauen müssen immer geschwängert und geprügelt werden". Ein Gerichtsurteil, das sich auf dieses türkische Sprichwort bezieht, rief in der Türkei die Frauen auf die Straße.

Der Kampf gegen die — auch institutionalisierte — Gewalt an Frauen hat begonnen und wird vehement weitergeführt. Die dringende Notwendigkeit eines Hauses, in dem mißhandelte Frauen Unterschlupf finden können, ist offensichtlich.

(an.schläge, Claudia Schnöll)

Seit 1982 treffen sich in Istanbul Frauen aus verschiedenen, politisch links stehenden Kreisen. Es wurden ein Verlag gegründet, mehrere Bücher übersetzt und eine Zeitschrift — "*Feminist*" — herausgegeben. Konkrete Aktionen, die Gewalt gegen Frauen, die in der Türkei sogar im Gesetz verankert ist, betreffen, gibt es seit 1987, als ein besonders frauenfeindliches Gerichtsurteil das Faß zum Überlaufen brachte: Einer schwangeren Frau, die von ihrem Mann krankenhauserreif geprügelt worden war, wurde die Scheidung verweigert, in der Begründung das oben angeführte Sprichwort zitiert! Acht Anwältinnen brachten eine Klage gegen dieses Urteil ein, die jedoch abgewiesen wurde. Das war das Startsignal für öffentliche Aktionen von Frauen: Es wurden Demonstrationen abgehalten, an denen (wider Erwarten der Veranstalterinnen) über 3000 Frauen teilnahmen, und Unterschriften gesammelt. Außer zwei sehr konservativen, von der Regierung unterstützten Gruppen beteiligten sich alle Frauenvereinigungen an dieser ersten Kampagne gegen Männergewalt in der Türkei. Diese Auseinandersetzung führte zur gemeinsamen Forderung der Gruppen um die Zeitschriften "*Feminist*" und "*kaktus*", des AKKD (Frauen gegen Separatismus) und des "Revolutionären Frauenvereins" nach einem autonomen Frauenhaus in Istanbul.

Die Gemeinde machte anfangs zwar Zusagen, stellte dann aber ein bereits versprochenes Haus doch nicht zur Verfügung. Neuesten Meldungen zufolge setzt sich zwar eine Gemeinderätin für ein Frauenhaus ein, jedoch soll es von der Gemeinde geleitet und überwacht werden, was nicht im Sinne der Forderung nach Autonomie ist.

Es wurde daher von den Frauen mit Spendengeldern aus der BRD eine Stiftung gegründet, mit dem Ziel, selbst ein Haus anzukaufen, und dann bei der Gemeinde um Subventionen anzusuchen.

Die Frauen in Istanbul haben nach Schweizer Modell ein Konzept für "ihr" Frauenhaus entwickelt, das nachfolgend im Originaltext abgedruckt ist (gekürzt):

DIE SITUATION DER FRAUEN IN DER TÜRKEI

In einer Statistik wurde festgestellt, daß 1/3 der verheirateten Frauen in der Türkei geschlagen werden und 45% der türkischen Männer denken, daß sie ein Recht haben, ihre Frau zu schlagen, wenn sie sich nicht so benimmt, wie sie es wollen.

Da türkische Frauen ökonomisch sehr abhängig sind von ihren Männern oder Vätern, haben sie kaum eine Möglichkeit, sich gegen Gewalt zu wehren. Sie können weder ihr Haus verlassen, noch an Scheidung denken und schon gar nicht sagen, daß sie geschlagen werden oder worden sind: Frauenbewegungen in westlichen Ländern solidarisieren sich gegen Männergewalt und zeigen, daß Fortschritte möglich sind, auch institutionalisiert. Gewalt gegen Frauen ist in der türkischen Gesellschaft legitim — wir Frauen dürfen das nicht akzeptieren.

Gleich nach einem extrem frauenfeindlichen Gerichtsurteil am 16.5.1987 demonstrierten ca. 3.000 Feministinnen in Istanbul gegen die Legalisierung von Gewalt an Frauen. Diese Demonstration war der Einstieg. Seitdem wurden kontinuierlich Aktivitäten gegen Männergewalt durchgeführt, u.a. eine Solidaritätskampagne gegen Prügel: Wir haben nach Interviews mit geschlagenen Frauen die Broschüre "Schrei, jede soll dich hören" herausgegeben. Um sie veröffentlichen zu können, gab es am 4.10.1987 ein Solidaritätsfest.

Seit Jänner 1989 gibt es telefonische Beratung für betroffene Frauen.

Nur damit allein kann kein Frauenhaus aufgebaut werden. Solidarität allein kann nicht die einzige ökonomische Quelle sein.

DIE DRINGLICHKEIT EINES FRAUENHAUSES

Einige Beispiele sollen zeigen, wie notwendig ein Frauenhaus wäre:

Neda: Ihr Mann hat sie jeden Tag geschlagen und drogenabhängig gemacht. Sie wollte sich scheiden lassen, wußte aber nicht, wohin sie gehen sollte. Wegen der Behandlung ihres Drogenproblems hätte sie für mindestens 6-7 Monate eine Unterkunft gebraucht. Da wir sie höchstens ein paar Tage unterbringen konnten, wurde daraus nichts.

Eine Lateinlehrerin, seit 10 Jahren verheiratet, 2 Kinder, hat völlig fertig angerufen: Sie wird von ihrem Mann, einem Dipl.Ing. (die Betonung des akademischen Titels deshalb, weil sich auch in der Türkei die Mär hält, daß prügeln Männer ein Unterschichtproblem sind; Anm. TATblatt), täglich geschlagen und beschimpft, in letzter Zeit immer schlimmer. Er hat sie zB an den Füßen gehalten und aus dem Fenster hängen lassen. Sie war schon ein paar Mal zu ihren Eltern gegangen, mußte aber wegen des gesellschaftlichen Drucks immer wieder zurückkehren. Sie suchte für sich und ihre Kinder eine Wohnmöglich-

keit, wir konnten leider nichts für sie tun.

Ayse: Sie wurde von ihren Eltern mit einem Mann, der in der BRD lebt, verheiratet. Sie wurde ständig geschlagen und war des öfteren in einem Frauenhaus in der BRD. Als sie keinen Ausweg mehr sah, kehrte sie zu ihren Eltern in die Türkei zurück. Diese wollten sie zurückschicken und erlaubten ihr die Scheidung nicht. Ihr Bruder schlug sie mit einem Eisenstück, sodaß ihr Körper mit blauen Flecken übersät war, als sie zu uns kam. Sie wohnt jetzt abwechselnd bei verschiedenen Bekannten.



DAYAGA KARSI
KADIN DAYANISMASI
KAMPANYASI



Gül: Wir haben sie zu Hause besucht, da sie uns am Telefon sagte, daß ihr Mann sie bei jeder Kleinigkeit schlägt. Sie hat 2 Kinder und wollte nicht von zu Hause weg. Einige Frauen wohnten eine Zeit lang bei ihr, eine Juristin sprach mehrmals mit ihrem Mann. Er hat sie jedoch weiter geschlagen und Gül mußte doch von zu Hause weg. Sie wohnt jetzt bei Bekannten und ist in sehr schlechter psychischer Verfassung. Hätten wir für sie und ihre Kinder eine vorübergehende Wohnmöglichkeit, wäre diese Trennungsphase leichter zu überwinden gewesen.

Wir stehen mit vielen Frauen in laufendem Kontakt, mit anderen ist er mangels Unterbringungsmöglichkeiten abgebrochen.

WIR FORDERN ...

Die Gemeinde darf dazu nicht still bleiben, sie soll uns unterstützen!

Wie kann sie uns unterstützen?

1.) Sie soll uns ein Haus geben, es soll mindestens dreistöckig sein und einen Garten haben.

2.) Sie soll das Frauenhaus durch Si-

cherheitskräfte vor Männergewalt schützen.

3.) Sie soll geschlagenen Frauen Wege (juristische, medizinische, gerichtliche,...) erleichtern und ihnen helfen.

4.) Letztlich soll sie gesellschaftlich Einfluß nehmen gegen Gewalt an Frauen, durch Erziehung, Werbung, Gesetze,...

Wir fordern ein autonomes Frauenhaus ohne Einmischung der Gemeinde. Es soll keine Gemeindeeinrichtung sein. Wir wünschen uns eine Verselbständigung der Frauen, wir wollen ihnen helfen, sich wieder im Arbeitsmarkt zu integrieren und auf eigenen Beinen zu stehen. Langfristig hoffen wir damit auf einen gesellschaftlichen Wandel, ein Umdenken. Die Gemeinde soll nur finanziellen, keinen funktionellen Einfluß ausüben.

Wir, die Gruppe der Frauen, die dieses Konzept erstellt haben und seit Jahren den Kampf gegen Männergewalt führen, wollen ohne Einflußnahme anderer Institutionen das Frauenhaus führen.

KONZEPT

Prinzipiell können ins Frauenhaus geschlagene Frauen aller Nationen, Religionen und politischer Richtungen kommen, zB auch vergewaltigte Touristinnen.

Das gesamte Personal besteht selbstverständlich aus Frauen.

Wir sind kein Krankenhausersatz, sondern geben in geschützter Atmosphäre die Möglichkeit, andere Frauen kennenzulernen, Selbstvertrauen zu gewinnen und Kraft zu schöpfen für Veränderungen. Frauen sollen sich neu kennenlernen und ihre inneren Kräfte entdecken, damit sie in der Gesellschaft besser zurechtkommen und Vergangenes nicht mehr passiert.

Wir sind ein Team von Ärztinnen, Psychologinnen, Juristinnen, etc, die sich in der Betreuung abwechseln. Eine Leiterin, eine Köchin und eine Haushälterin werden fix angestellt.

Weitere Möglichkeiten:

Selbstverteidigungskurse, Selbsterfahrungskurse, Berufsorientierungskurse, 1.Hilfe-Kurse, Hilfe bei der Arbeitssuche, praktisch-juristische Allgemeinwissen vermitteln...

Berufsberatung: Wir wollen versuchen, Frauen, die früher gearbeitet haben, wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, ihnen Fortbildungs- bzw Umschulungsmöglichkeiten zu zeigen und sie bei der Arbeitssuche zu unterstützen. Frauen ohne Beruf sollen die Möglichkeit bekommen, einen zu erlernen. Zu diesem Zweck wollen wir Ausbildungskurse abhalten. Diese Kurse sollen auch für Frauen, die nicht im Frauenhaus wohnen, zugänglich sein. Wir wollen keine karitative Einrichtung sein, sondern Hilfe zur Selbsthilfe anbieten. Nach individuellen Fähigkeiten und Interessen soll jede Frau für sich die richtige Ausbildung wählen. Für Ausbildungsbereiche, für die uns die finanziellen Mittel und die Ausrüstung fehlen, zB Computer, wollen wir Kontakte zu berufsorientierten

Institutionen schaffen und so die Möglichkeiten erweitern.

In ferner Zukunft wünschen wir uns im Frauenhaus eigene Betriebe für Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

Da selbst berufstätige Frauen über ein geringes Einkommen verfügen, mit dem sie kaum eine Wohnung finanzieren können, sollen sich sie mit dem Gedanken an Frauen-WGs vertraut machen.

STRUKTUR:

Für den Anfang soll ein dreistöckiges Haus mit Garten gefunden werden, das ca 20 Frauen und 40 Kindern Platz bieten soll.

Für die Einrichtung wurde die Summe von 40 Mio türkische Lira (= ca 20.000 öS) veranschlagt.

Monatliche Fixkosten:

1.) Personalkosten: Eine Leiterin, eine Köchin, eine Putzfrau, eine Krankenschwester und eine Nachtwächterin sollen fix angestellt werden. Sicherheitskräfte sollen von der Gemeinde angestellt werden. Freiwillige Mitarbeiterinnen aus den Gruppen. Pro Monat muß mit ca 2,5 Mio TL (= ca 1250 öS) gerechnet werden.

2.) Haushaltsfixkosten: Küche, Telefon, Zeitschriften, Büroaufwand, Fahrtkosten, Versicherung, Steuerberater, Wasser, Heizung, Strom, Garten, Kinderspielzeug, ... ca 3,6 Mio TL (= ca. 1800 öS)

3.) Öffentlichkeitsarbeit (Werbung, Plakate, Broschüren, Frauenhauszeitung, ...) ca 1 Mio TL/Jahr (= ca 500 öS)

Daraus ergeben sich jährliche Gesamtkosten von 75 Mio TL (= 37.500 öS).

Was die türkischen Frauen nun vor allem brauchen, ist die Solidarität möglichst vieler Frauen. Ohne das Bild projizieren zu wollen, Frauen(projekte) in Nord- und Westeuropa könnten es sich locker leisten, Frauenprojekte im Ausland mitzufinanzieren bzw hätten es schon geschafft, das Problem Männergewalt in den Griff zu kriegen, ist derzeit jedoch besonders Hilfe in Form von finanzieller Unterstützung vonnöten. Jeder noch so kleine Betrag ist willkommen! ●

Spenden bitte auf Konto-Nr 2045.1008, Hollandse Bank, Istanbul, Inomi cad. Nr 15 Taksim, Sirin Tekeli und Gülseren Özlem. Spendenwillige Menschen tun sich am besten zusammen, um Spesen zu sparen!

10.Juni Vätertag – 10.Juni Tätertag

(Notruf für vergewaltigte Frauen)

Anlässlich des Vätertages am 10.Juni hat der Notruf für vergewaltigte Frauen durch verschiedene Aktionen darauf hingewiesen, daß die Familie der gefährlichste Ort für Mädchen und Frauen ist. Jedes 4. Mädchen wird von Vater, Stiefvater oder einem anderen verwandten oder bekannten Mann sexuell mißbraucht.

Das abgebildete Plakat wurde von einem Aktionskomitee "Frauen gegen Männergewalt" in ganz Wien plakatiert, ein Lautsprecherwagen, der die oben genannten Fakten verkündete, schreckte durch seine Warnung "Vergewaltiger, wir kriegen euch!" eine Menge ganz normaler Männer auf den Straßen auf. ●

10. JUNI = VÄTERTAG

JEDES VIERTE MÄDCHEN

wird durch
VATER, STIEFVATER, ONKEL
oder einen anderen nahe verwandten oder
bekannten Mann

SEXUELL MIßBRAUCHT



**VERGEWALTIGER
WIR KRIEGEN EUCH!**

10. JUNI = TÄTERTAG

Der Volksaufstand in Kurdistan weitet sich aus

Am 12. März waren bei einem Gefecht zwischen einer ARGK-Einheit und türkischen Streitkräften 13 ARGK-Kämpfer gefallen. Drei Tage später begann in Nusaybin bei der Beerdigung eines Gefallenen der jetzige Aufstand mit Massenaktionen. Gleich nach Beginn des Aufstands in Nusaybin begannen auch in anderen Städten der Provinz Mardin Massenproteste. Die bislang größte Aktion fand am 19. März in der Provinzstadt Cizre statt. Auch im Norden des Landes und in allen Städten Nordwest-Kurdistan dauern die Protest- und Solidaritätsdemonstrationen an. Trotz Verbots feierten die KurdInnen am 21. März das Newroz-Fest massenhaft in aller Öffentlichkeit. In der Türkei und in Europa finden Solidaritätsaktionen statt. Etwa eine Million KurdInnen folgten den Aufrufen von PKK und ERNK zu der diesjährigen Protestwoche und demonstrierten. Mit Generalstreiks, Schulboykotts, Demonstrationen und bewaffneten Angriffen in den ländlichen Gebieten leisteten sie der Kolonialmacht Widerstand. Am 27. März rief die ERNK die Bevölkerung in den Städten auf, ihre Läden wieder aufzumachen. Der Widerstand gegen den türkischen Kolonialismus wird nun in anderen Formen fortgesetzt.

Während des Aufstands ging die türkische Armee brutal vor. Auch gegen friedliche DemonstrantInnen setzte sie scharfe Munition ein. Bis jetzt kamen 30 Menschen ums Leben, 200 wurden verwundet. 5000 Menschen wurden in Polizeihaft genommen. Ein Teil von ihnen sitzt noch immer in Haft. Alle Festgenommenen werden vor das Gericht nach Diyarbakir gebracht. Das ist ein ähnliches Verfahren wie während der kurdischen Aufstände in den 20er Jahren. Der Vorwurf gegen sie lautet: Separatismus und Rebellion gegen die Staatsmacht.

Auf dem Weg zur kurdischen Intifada

(türkei information Nr 33/1990)

Mitte März kam es in kurdischen Städten wie Nusaybin, Cizre und Silopi zu Protestaktionen eines großen Teils der Bevölkerung. Damit ist der nationale Widerstand der Guerilla in ein wichtiges Stadium getreten. Bisher hatte der Terror des türkischen Staates dazu geführt, daß die kurdische Bevölkerung den Kopf eingezogen hat und sich zu arrangieren versucht hat. Jetzt gehen alle von 8 bis 88, Frauen, Kinder, junge Mädchen, auf die Straße und zeigen, daß es eine nationale kurdische Identität gibt. In der jüngeren Geschichte der kurdischen Befreiungskämpfe in Türkei-Kurdistan ist das die wichtigste Entwicklung. Die Kurden haben, nach Massen- und Völkermord in den ersten 20 Jahren der Republik und der darauf folgenden Phase der Passivität ihre Tradition des Widerstands wiederentdeckt.

Jede neue Lage erfordert neue Bewertungen. Die in den kurdischen Städten beginnende Volksbewegung gibt allen an einer Lösung des sog. Kurdenproblems engagierten Kräften die Möglichkeit, ihre Lage und ihre Politik zu überprüfen.

1. Die Wiederentdeckung der Tradition des Widerstands durch ein unterdrücktes Volk, das sich mit den Gegebenheiten abgefunden zu haben schien, unter den gegenwärtigen Bedingungen beweist erneut die große Bedeutung des bewaffneten Kampfes. Die bekannte Kurdenpolitik des türkischen Staates erlaubt den Kurden in keiner Weise ihre nationale Identität zu bewahren und zu entwickeln. Alle legalen und gewaltlosen Wege in diese Richtung sind blockiert. Gewaltlos und legal gibt es nur die Alternative Unterwerfung oder Tod. Diese, durch die antikurdische Politik der türkischen Regierungen geschaffene Situation kann nur durch einen politischen Kampf überwunden werden, der auf der Grundlage des bewaffneten Kampfes geführt wird. Es gibt erste Anzeichen dafür, daß die jüngste Volksbewegung die Situation zu verändern beginnt.

2. Die Massendemonstrationen von

Nusaybin, Cizre und Silopi, die heruntergelassenen Rolläden sind das endgültige Ende der Demagogie, derzufolge es "eine Handvoll Terroristen" ist, die das Volk terrorisiert. Der Guerillakrieg hat die Grundlage für eine Massenbewegung geschaffen, die jetzt erste Erfolge zu verzeichnen beginnt. Die kurdische Massenbewegung hat dabei von den Kampfmethoden der PalästinenserInnen gelernt und wurde in der türkischen Presse deshalb schon als kurdische Intifada bezeichnet.

Das Wort "Intifada" steht für den Kampf der PalästinenserInnen gegen die mit modernen Waffen ausgerüsteten israelischen Sicherheitskräfte mit Knüppeln und Steinen, der den israelischen Staat durch seine offensichtliche Legitimität zunehmend in die Isolierung getrieben hat. Die Überlegenheit der Waffen verliert an Wirkung angesichts der Legitimität der Steine.

Die kurdische Massenbewegung hätte dann entsprechend die Chance, wenn sie sich weiter auf einer legitimen Grundlage entwickelt und verbreitet, die offizielle türkische Interpretation der Ereignisse in Türkei-Kurdistan, nach der sich hinter allem und jedem ein Komplott von ausländischen Mächten und Terroristen verbirgt, ins Leere laufen zu lassen. Allerdings ist es auch jederzeit möglich, durch falsche Aktionen oder nicht zu verhindernde Provokationen, daß diese Chance sich verringert (oder gar verspielt wird). Auch dafür gab es Beispiele in den zurückliegenden Monaten.

Ein anderer wichtiger Punkt ist eine breit angelegte Bündnispolitik. Die Kräfte, die im kurdischen nationalen Befreiungskampf eine Avantgarderolle übernommen haben, sollten sich vor politischer Egozentrik und Sektierertum hüten. Nötig ist ein elastisches Bündnis, in das alle Kräfte, die das kurdische Volk unterstützen, sich mit

ihren Möglichkeiten einbringen können. Es ist hinreichend bekannt, daß die PKK (Partei der Arbeiter Kurdistan) in dieser Hinsicht nicht besonders fortgeschritten ist...

Die Massenbewegung in den kurdischen Städten hat bei den herrschenden Kräften in der Türkei große Unruhe ausgelöst. Einschätzungen, denen zufolge die

Foto: Türkei Information



Loyalität der KurdInnen gegenüber dem türkischen Staat zu Ende gegangen und separatistische Tendenzen im Wachsen sind, das nationale Interesse der Türkei in Gefahr und es deshalb nötig sei, daß sich alle Parteien auf eine "nationale Politik" einigen und die zwischen ihnen bestehenden Gegensätze zurückstellen, bestimmen die Tagesordnung von PolitikerInnen und Kommentarspalten der Presse. "Nationaler Konsens", sonst eher weniger anzutreffen, macht sich bei den herrschenden Kräften und ihren politischen RepräsentantInnen in der Türkei breit, seit die nationalen Rechte der KurdInnen von einer breiten Massenbewegung eingefordert werden. Der Parlamentspräsident veranstaltete mit den Vorsitzenden der im Parlament vertretenen Parteien einen "Terrorgipfel". Im Anschluß daran trat der Nationale Sicherheitsrat zusammen und dis-

kuertierte das "Kurdenproblem" und neue Maßnahmen. Özal schlug danach ein Treffen der Parteivorsitzenden im Präsidentenpalast vor. Alle diese Einigkeitsdemonstrationen sind nichts als der Ausdruck des tiefen Unbehagens, das von der Entstehung der kurdischen Volksbewegung geweckt wurde. Auch wenn Özal durch das Treffen mit den Parteivorsitzenden parteipolitische Absichten mitverfolgt hat, so zeigt sich hier doch vor allem, wie schnell bei jeder ernsthaften Bewegung in Kurdistan die türkischen Chauvinisten auf der

Grundlage "der nationalen und territorialen Einheit" gemeinsame Sache machen.

Hier liegt eine der wichtigsten Aufgaben der demokratischen Kräfte in der Türkei, denn dieser chauvinistische Block, der angesichts der kurdischen Initifada nach nationaler Einheit schreit, bildet zugleich das Haupthindernis für eine Demokratisierung der Türkei, denn ein Volk, das ein anderes Volk unterdrückt, kann nicht demokratisch organisiert sein. Einheit kann nie auf der Verleugnung der nationalen Identität eines Volkes entstehen. Auf

der Grundlage erzwungener Gleichheit von KurdInnen und TürkInnen kann keine Einheit wachsen. Eine türkische Staatsräson, die es nötig machen soll, die Kurden gewaltsam zu assimilieren, ist ein Widerspruch in sich selbst. Sie widerspricht, nüchtern betrachtet, sogar den Interessen der herrschenden Kräfte in der Türkei.

Der rassistische und chauvinistische Ansatz des türkischen Staates zwingt die KurdInnen geradezu, sich außerhalb dieses Staates zu organisieren. Wenn es wirklich um Einheit zwischen KurdInnen

AugenzeugInnenbericht aus Kurdistan

(Milena Ergen
türkei information 33/90)

Am Donnerstag den 15. März fand in der an der Grenze zu Syrien gelegenen kurdischen Stadt Nusaybin die Beerdigung von Kamuran Dünder statt, einer der 13 Kurden, die am Dienstag dem 13. in der Nähe von Savur (zwischen Mardin und Diyarbakir) von türkischen Militärs erschossen worden waren. Die Erschossenen selbst stammten aus verschiedenen Ortschaften der Gegend, waren dort bekannt und beliebt, Kamuran Dünder zudem Sohn des Magistrats von Nusaybin, Yusuf Dünder, was sich in der Beteiligung von 5000 Menschen an der Beerdigung niederschlug.

Bereits während die Angehörigen die Leichen ihrer erschossenen Kinder aus Savur abgeholt hatten, waren sie von den Soldaten, — überwiegend Angehörige der berüchtigten Spezialtruppen — in ekelregender zynischer Weise gedemütigt worden: "Ach ihr habt wohl ein Opfer geschlachtet, dann gibt es wohl morgen Fleisch" und bedroht worden: "Wenn ihr hier nicht wegzieht, werden eure Kinder irgendwo verscharrt."

Nachdem der Trauerzug den Sarg zum Friedhof geleitet hatte und den Weg zurück zur Moschee einschlug, um dort die Beerdigungsfeierlichkeiten weiterzuführen, versperrte das Militär ihnen den Weg. Über Lautsprecher ertönte die Aufforderung, sich zu zerstreuen, bzw. in die Häuser zu gehen. Dies war jedoch gar nicht möglich, da das Militär selbst die Eingänge zu den Seitenstraßen besetzt hielt, und die Menge der 5000 faktisch in der Hauptstraße eingekesselt war. Inzwischen fuhr das Militär auch mit Straßenpanzern auf. Die Soldaten begannen auf die Menge einzuprügeln und kurze Zeit später auch in die Menge zu schießen, die sich mit Steinwürfen wehrte. Augenzeugen berichteten, daß einzelne Soldaten auch ganz gezielt auf ihnen bekannte Menschen im Trauerzug geschossen haben. Der 20jährige

Cemsettin Ciftci wurde erschossen, nachdem er bereits zu Boden geprügelt worden war.

Bei den über 5 Stunden andauernden Auseinandersetzungen wurde noch ein weiterer Mann namens Oruc getötet, über 100 Personen verletzt, davon viele schwer; 6 Verwundete wurden mit schweren Verletzungen in die Universitätsklinik nach Diyarbakir gebracht, einer von ihnen schwebt in Lebensgefahr. Viele der schwerer Verletzten konnten auch am folgenden Tag nicht behandelt werden, da das Militär faktisch eine Ausgangssperre verhängt hatte und sich niemand aus dem Haus traute. Bis zum Sonntag abend blieb die Stadt von massenhaft Soldaten, Angehörige der Spezialtruppen, besetzt, 3-4 Panzerfahrzeuge kontrollierten die Stadt, 4-500 Menschen waren am Donnerstag im Anschluß an die Auseinandersetzungen festgenommen worden, darunter 7jährige Kinder und Alte, die über 40 Stunden ohne Nahrung festgehalten wurden; derzeit ist nicht bekannt, wieviele von ihnen sich noch in Haft befinden.

Obwohl offiziell keine Ausgangssperre bestand, wurde jedeR BewohnerIn, der/die sich auf die Straße traute, von den Soldaten bedroht, bzw. angeherrscht. Menschen, die sich Brot kaufen wollten mit den Worten beleidigt "ihr seid doch Hunde, die essen kein Brot". Bis zum Sonntag abend, als die Soldaten der Spezialteams aus der Stadt abzogen, blieben (außer einigen Zeitungskiosken) alle Läden in der Stadt geschlossen, was von den BewohnerInnen hinter der Hand als "unsere Art des Generalstreiks" bezeichnet wurde. Am Samstag schlossen sich dem auch die Läden in Cizre und Silopi an. (In Silopi waren im September des vergangenen Jahres 9 BewohnerInnen als "Terroristen" von Militärs erschossen worden, bei der Beerdigung kam es zu einem Aufstand, Besetzung des Gebäudes der türkischen Verwaltung und stundenlangen Auseinandersetzungen.)

zungen.)

Auch in der angrenzenden Stadt Kamisli, die auf syrischem Staatsgebiet liegt, hatten bereits am Donnerstag Tausende von Menschen demonstriert und sich an den Grenzbefestigungen aufgestellt, die den zu Syrien gehörigen Teil der eigentlich gemeinsamen kurdischen Stadt trennt.

JournalistInnen, die am Freitag nach Nusaybin kamen, wurde jeder Kontakt mit den Familien der Ermordeten verboten und verhindert sowie überhaupt versucht, Kontakte mit der Bevölkerung zu verhindern, Filme wurden beschlagnahmt, einige JournalistInnen, darunter eine ausländische Journalistin von Soldaten geschlagen. Sobald EinwohnerInnen von Nusaybin auf der Straße mit JournalistInnen sprachen, wurde dies als "Menschenansammlung" auseinandergetrieben, bzw. gedroht "sprecht nur weiter, wenn ihr morgen hier die Leichen von JournalistInnen finden wollt". Auch den vier Abgeordneten des türkischen Parlaments darunter Ahmet Türk und Adnan Ekmen, die nach Nusaybin gekommen waren, wurde nicht gestattet, die Familien der Ermordeten aufzusuchen. Vor der elterlichen Wohnung des am Donnerstag erschossenen Cemsettin Ciftci wurde eine Videokamera angebracht, um Beileidsbesuche zu verhindern.

Erst am Sonntag abend verließen die Truppen der Spezialteams die Stadt.

Die militärische Besetzung Nusaybins — genauer wohl als Terroraktion der Spezialtruppen bezeichnet, findet zu einer Zeit statt, wo bereits seit Wochen weitere Zwangsumsiedlungsaktionen im türkisch-syrisch bzw. türkisch-irakischen Grenzgebiet gegenüber kurdischen Dörfern durchgeführt wurden. Die türkische Presse berichtete mehrfach, wie ganze kurdische Dörfer mitten während der Wintermonate aus ihren Häusern vertrieben wurden. Bekanntlich verfolgt auch die türkische Seite seit ge-

raumer Zeit eine Umsiedlungspolitik analog zu der des irakischen Systems, wo entlang der Grenze ein 30 km breites Gebiet vollständig entvölkert — kurdenfrei — gemacht wurde..

Möglicherweise zielte der Terror gegen die BewohnerInnen der 40.000 EinwohnerInnenstadt Nusaybin auch darauf, diese zum "freiwilligen" Verlassen zu "bewegen".

Bemerkenswert für die Ereignisse ist, daß die Stadt Nusaybin bzw. ihre BewohnerInnen zu einem Zeitpunkt dem Terror der Spezialteams überlassen blieben, als kein einziger Verantwortlicher an seinem Platz oder zu erreichen war: Innenminister Aksu befand sich im Ausland, der "Supergouverneur" oder besser Kolonialminister Kozakcioglu, der seit Sommer 1987 mit umfangreichen Sondervollmachten die "unruhigen" kurdischen Provinzen verwaltet, war ebensowenig am Platz wie sein Stellvertreter, der Gouverneur des in relativer Nähe zu Nusaybin gelegenen Diyarbakir. Selbst die örtlichen, von türkischer Seite eingesetzten Verwaltungsbeamten für Nusaybin waren nicht am Platz, bzw. ließen sich verleugnen. 15 Morde, 40 Schwerverletzte, 3 Tage werden die 40.000 BewohnerInnen dem Terror der Spezialtruppen ausgesetzt — aber kein Verantwortlicher ist auszumachen...

Die türkische Presse schwieg 3 Tage lang zu dem Vorfall, um dann auf eine "Verschlechterung der Beziehungen zu Syrien" hinzuweisen.

Bleibt darauf hinzuweisen, daß diese Terrortruppen unter Anleitung deutscher Ausbilder von der GSG 9 (sog. Antiterrorreinheit der BRD), zum Teil sogar in der BRD in den Kasernen der GSG 9 ausgebildet wurden, mit Hubschraubern von MBB (von Daimler-Benz gekauft, nun größter Rüstungskonzern der BRD) in ihre "Einsatzgebiete" geflogen werden und mit Bundesdeutschen Waffen und Ausrüstungsmaterial bestückt sind. ●

und TürkInnen gehen soll, dann müßten deshalb zunächst Verhältnisse geschaffen werden, in denen sich KurdInnen unter Wahrung ihrer Identität frei organisieren könnten. Die derzeitige offizielle KurdInnenpolitik trägt so gesehen nur zur Legitimation der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung bei; und es ist erstaunlich, daß das von den Herrschenden in der Türkei angesichts des Bankrotts ihrer Politik immer noch nicht begriffen wird.

Die herrschenden Kräfte in der Türkei suchen nach politischen Möglichkeiten und ideologischen Motiven, mit deren Hilfe die KurdInnen in den türkischen Staat eingebunden werden könnten, aber die Erfolgsaussichten sind gering.

Die ANAP-Regierung (Mutterlandspartei von Staatspräsident Özal), verantwortlich für den Staatsterror in Kurdistan, hat nichts anzubieten außer weiterem Terror und dem GAP-Projekt¹, von dem keiner weiß, was es im Endeffekt der kurdischen Bevölkerung einbringen wird. Die SHP (Sozialdemokratische Volkspartei von İnönü) erklärt offen, die kurdische Unabhängigkeitsbewegung im Falle einer Regierungsübernahme mit wirkungsvollerem Terror bekämpfen zu wollen. Es ist deshalb nicht zu erwarten, daß ANAP, SHP und DYP ("Richtiger Weg", konservative Partei von Demirel), die die derzeitige Kurdenpolitik unterstützen, in Kurdistan Unterstützung finden werden.

MSP (Nationale Heilspartei) und deren Neuaufgabe RP (Wohlstandspartei), die anstelle der nationalen die religiöse Identität stärker betonen, haben in Kurdistan doppelt soviel Stimmen wie im Türkei-durchschnitt, was zumindest bedeutet, daß die Religion eine ideologische Rolle als Einheitskult zu spielen in der Lage ist. Es

wäre deshalb der erfolversprechendste Weg für die herrschenden Kräfte in der Türkei, die nationale kurdische Dynamik zu bekämpfen, indem sie die gemeinsame islamische Identität fördern. "Glaubensbrüder" in einer ideologisch vom Konzept der "Türk.-islam. Synthese" beherrschten Türkei, könnten vielleicht ihre nationalen Anliegen eine Zeitlang hintenanstellen.

Jedenfalls werden die Herrschenden auch mit diesem Mittel langfristig keine Erfolge erzielen können: Schon bei den letzten kurdischen Aufständen in Nusaybin, Cizre und Silopi benutzten die KurdInnen die Moscheen zur Planung der Aufstände, die gegen die herrschende Staatsmacht die sich zunehmend entwickelnde nationale Identität des kurdischen Volkes ausdrücken.

Alle Entwicklungen zeigen heute, daß die kurdischen Volksmassen sich immer stärker und massenhafter am nationalen Unabhängigkeitskampf beteiligen werden. Die Terrorpolitik des türkischen Staates, seine Pläne zur massenhaften Massakrierung der KurdInnen lassen dem kurdischen Volk auch keine andere Wahl.

Den Weg des kurdischen Volkes in

Richtung der nationalen Befreiung, den Weg der kurdischen Intifada werden Strategien der Herrschenden langfristig gesehen nicht mehr verhindern können. Und es ist ohnehin bekannt, daß dieser Weg kein geebener Weg ist... ●

¹ Das GAP (Güneydogu Anadolu Projesi = Südostanatolien-Projekt) ist eines der größten und ehrgeizigsten regionalen "Entwicklungsprojekte", die weltweit in Angriff genommen wurden, es soll bis zum Jahre 2005 in Türkei-Kurdistan realisiert werden. Von der Weltbank als "Paradies zwischen Euphrat und Tigris" verkauft, umfaßt das GAP-Projekt 21 Staudämme, 17 Kraftwerke und ca. 30 große Bewässerungsanlagen, insgesamt eine zweieinhalb mal größere Fläche als Belgien. Das riesige "Entwicklungsprojekt" in Kurdistan bedeutet für KurdInnen Zwangsumsiedlung, Entwurzelung und Vertreibung. Für die bedeutungsvollen kurdischen Kulturgüter bedeuten die Stauseen im Rahmen des GAP Überschwemmung, Vernichtung und Streichung aus der Kulturgeschichte der Menschheit. ●

Niederlande:

Häuserräumung in Groningen

(Autonome Stadtteilgruppe 5)

Seit mehreren Jahren "illegal" bewohnte Häuser in Groningen wurden am Sonntag den 27.5. gegen den massiven Widerstand der BesetzerInnen geräumt.

Bereits fünf Tage vor der Räumung wurden größere Polizeieinheiten nach Groningen verlegt. Eine Welle der Provo-

kation gegen die BewohnerInnen setzte ein: Dauern- de Observation, Spezialeinheiten der Polizei, die mit Bussen, Wasserwerfern oder auf Pferden durch die Straßen zogen, vereinzelte Festnahmen...

Als diese Situation für die BewohnerInnen unerträglich wurde — tagelang passiv auf die bevorstehende Räumung zu warten — gingen sie in der Nacht von Freitag (25.5.) auf Samstag in die Offensive. Gegen 4.15 Uhr kamen sie aus den Häusern und errichteten Barrikaden. Die sofort eintreffenden Polizeieinheiten, dürften mit so massivem Widerstand nicht gerechnet haben und wurden trotz starkem Tränengaseinsatz mehrere Male in die Flucht geschlagen. Erst gegen 9.30 Uhr gelang es ihnen vor die Häuser zu kommen, in die sich die BesetzerInnen zurückgezogen hatten.

Über das gesamte Gebiet wurden die Notstandsparagrafen 219 und 220 (verbotenes Gebiet, Möglichkeit, willkürlich Menschen festzunehmen) verhängt. Erst Sonntag morgens begannen die Polizisten in die Häuser einzudringen, wo sie sich bis 10.30 Uhr immer in den dritten Stock vorarbeiteten.

Zur gleichen Zeit nahmen die BesetzerInnen, die sich im Keller verschanzt hatten, Kontakt mit dem Radio "OOG" auf und kündigten an, die Häuser zu verlassen, um einen Gas-Einsatz in den Häusern zu verhindern.

Über 130 Menschen wurden festgenommen und auf Gefängnisse über die gesamten Niederlande verteilt. Alle werden nach §140 angeklagt, der inhaltlich noch weiter gefaßt ist als der bundesdeutsche §129a, und mit Haftstrafen zwischen 5 und 10 Jahren droht. Scheinbar versucht der niederländische Staat sich auf diese Weise einer starken BesetzerInnenbewegung zu entledigen.

Die UnterstützerInnengruppe braucht jetzt eine Menge Geld, um die notwendige Solidaritätsarbeit für die vielen Gefangenen zu leisten:

Girokontonr. 2819508
Steunfons Basta
Groningen Niederlande

Für die Freilassung aller Gefangenen!
Solidarität ist eine Waffe!

P.S. Genaueres im nächsten TATblatt. ●

bezahlte Anzeige:

**Die meisten schönen
Schuhe sind nette
kleine Folterkammern.**



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

GEA

Gehen Sitzen Liegen

1080 WIEN, Heini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 4083626
1010 WIEN, Himmelfahrtgasse 26, Tel. 5121967

Nicaragua

Contrarevolution im Aufwind

Wann und wie werden die revolutionären Kräfte reagieren?

(Herbert B.)

16 Wochen nach den Wahlen in Nicaragua und 8 Wochen nach der Übergabe der Regierung an das siegreiche rechte Parteibündnis UNO läßt sich der damals von mir geäußerte Optimismus (siehe TATblatt minus 73), so nicht mehr aufrecht erhalten. Scheiße, aber gewisse Tatsachen lassen sich nicht leugnen. Die noch unter sandinistischem Kommando stehende Nationale Volksarmee hält sich peinlich genau an die Abmachungen; d.h. sie sitzt untätig in den Kasernen und bleibt neutral. Währenddessen die Contras Schritt für Schritt ihre Machtposition ausweiten. Teils gefördert von Reaktionären in der neuen Regierung und teils toleriert von anderen hilflosen Sektoren der UNO. Die Contras haben bisher keine einzige Abmachung eingehalten, vor allem haben bisher (abgesehen von einer Theateraktion mit alten unbrauchbaren Gewehren) keine Contras ihre Waffen abgegeben. Im Gegenteil, unter dem Vorwand in die für ihre Waffenabgabe vorgesehenen Zonen einzurücken und in Vertrauen auf die Vertragstreue der sandinistischen Armee, sind die Contras jetzt erstmalig in ihrer Geschichte in geschlossenen Verbänden bewaffnet und großer Anzahl in Nicaragua eingedrungen und terrorisieren die Bevölkerung. Die Präsidentin Chamorro und ihre Minister reagieren mit einem Zugeständnis nach dem anderen.

Eine kurze unvollständige Liste von Ereignissen der letzten 2 Wochen: regelmäßig kommt es zu Plünderungen von Cooperativen; z.B. sprechen die Zeitungen von rund 3000 geraubten Rindern. Immer wieder werden Autobusse und andere Fahrzeuge angehalten, die Fahrgäste ausgeraubt und dafür mit Propagandamaterial eingedeckt. In der Provinz San Juan ziehen die Contras von Haus zu Haus und verteilen Räumungsbefehle. In manchen Orten haben sie schon die Häuser von Sandinisten unter sich aufgeteilt. Sogenannte Einweisungen und Requirierungen sind auf der Tagesordnung und Listen von Leuten mit denen sie "abrechnen" wollen, werden verteilt. Auch ausländische Ent-

wicklungshelfer, die seit Jahren mit den Sandinisten zusammenarbeiten, werden massiv bedroht.

Aber es bleibt nicht bei Drohungen. Am 30. Mai wurde der sandinistische Guerilla-Veteran und Mitbegründer der Landarbeitergewerkschaft UNAG Osejo Zeledón, in seinem Haus in Matagalpa erschossen. Am 1. Juni wurde in der Nähe von La Dalia der sandinistische Bauernfunktionär Garcia Castro ebenfalls erschossen. Auch schon vorher gab es einige Überfälle mit Verletzten und Todesopfern, die eindeutig der Contra zuzuordnen sind, über die uns aber keine näheren Daten bekannt sind.

Nachdem die Contra alle bisherigen Abkommen mit der Regierung Chamorros gebrochen hat (ganz zu schweigen von den früheren Abmachungen mit der FSLN), ist das neueste Abkommen von Ende Mai eine offene Provokation gegenüber dem Volk und den RevolutionärInnen in- und außerhalb der FSLN. In einer Pressekonferenz in Managua stellten 4 Personen das neue Vertragswerk vor: die Präsidentin Violeta de Chamorro, der Kardinal Obando y Bravo, der Contraführer Israel Galeano und der sandinistische Armeeführer Comandante Humberto Ortega. Der Contra werden eigene Gebiete und das Recht eine eigene "Polizei" aufzustellen zugesprochen. Das Dokument sichert den Contras wirtschaftliche Entwicklungsprojekte zu, in deren Rahmen Landverteilung, Wohnungsbau, Krankenhäuser, Schulen und Straßen und sogar die Nutzung der in den Ansiedlungsgebieten vorhandenen natürlichen Ressourcen vorgesehen sind. Die Contra wird eigene Vertreter in die Ministerien entsenden, die etwas mit diesen Zonen zu tun haben. Das sind Gesundheits-, Erziehungs-, Wirtschafts-, Arbeits- und Landwirtschaftsministerium.

Die beiden der Contra zugesprochenen Gebiete sind insgesamt 8.500 qkm (ein Dreizehntel Nicaraguas, fast so groß wie NÖ) groß und liegen im Zentrum und Süden des Landes. Der Teil im Süden ist eine besondere Provokation. Er deckt sich fast genau mit der Provinz San Juan, eine

der beiden Provinzen in der die FSLN bei den Wahlen eine eindeutige Mehrheit erzielte. Für uns zusätzlich ein Problem, da in diesem Gebiet eine Reihe von österreichischen Hilfsprojekten laufen.

Die Gebiete sind relativ stark bevölkert, sodaß die Anwesenheit der Contras, selbst bei deren guten Willen -der stark zu bezweifeln ist-, starke soziale Konflikte mit sich führen wird. Sie schließen einen breiten Küstenstreifen vom Atlantik ein, der ein wichtiges ökonomisches Potential sein könnte, falls die zugesagte wirtschaftliche Hilfe zur Contraansiedlung durch die USA eintrifft. Neben den schon bisher im Export gewinnbringend genutzten Vorkommen an Meeresfrüchten an der Atlantikküste, umfaßt dieses Gebiet die größten Reserven Nicaraguas an Edelhölzern. Ökologisches Bewußtsein ist weder den Contras noch ihren US-Freunden zuzutrauen.

Im Punkt 4 des Protokolls von Managua wird die Bildung einer Landpolizei festgelegt, die sich aus Mitgliedern der Contra zusammensetzt. Diese wird für die innere Sicherheit der Gebiete verantwortlich sein. Was das heißt, kann sich jedeR leicht ausrechnen. Und daß mit diesem Abkommen teilweise die Ergebnisse der Wahlen außer Kraft gesetzt werden, scheint auch keiner/m der Befürworter von "echt demokratischen Wahlen", z.B. in Westeuropa, zu stören. Die Polizisten sollen außerdem in die Strukturen des Innenministeriums integriert werden, was sehr leicht zu einem Hineinschlupfen in die Macht durch ein Hintertürl bedeuten kann. Die nach den Wahlen den Sandinisten zugestanden Positionen in Heer und Polizei werden offensichtlich mit einer Salamtaktik ausgehöhlt; und gar nicht mal versteckt und langsam.

Es erhebt sich die Frage, wie lange die FSLN zuwarten kann und wie weit sie in ihrem Bemühen, eine Konfrontation zu vermeiden, gehen kann, ohne ihre Glaubwürdigkeit im Volk zu verlieren und letzten Endes doch, aber unter schlechteren Bedingungen als jetzt, in den Kampf ziehen muß?●

bezahlte Anzeige:

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

papierTIGER
Das andere Papier.

WIEN 1020 Springerg. 1 Tel. 2166305	WIEN 1070 Schottenfeldg. 53 Tel. 964307	GRAZ 8010 Glacisstr. 23 Tel. 832703	LINZ 4020 Waltherstr. 2 Tel. 283420
--	--	--	--

Was soll aus uns noch werden?

Einige Anmerkungen zur Geschichte des TATblatts

(von 1 Leserin + 1 Leser)

Wie mittlerweile bekannt sein dürfte, war das Tatblatt einstmals als selbstverwaltetes linkes Projekt zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten gegründet worden. Wir wollen jetzt nicht alle einzelnen Überlegungen, die damals angestellt wurden,

wiederholen. Wichtig erscheint uns die Klärung der Frage: was ist daraus (aus den Vorsätzen, aus den Zielen, nicht zuletzt aus der Power) geworden. Darum wollen wir im folgenden die "Gültigkeit" von einigen grundsätzlichen Richtlinien und Utopien aus der damaligen Konzeption einer eingehenderen Betrachtung bzw. Überprüfung unterziehen.

Zum Beispiel war da doch die "Offenheit" des Projekts ein zentrales Moment. Sie sollte ein Organ gegen die tägliche Medienhetze und -manipulation sein und allen Gruppen, Initiativen und fortschrittlichen Bewegungen (die eben sonst ausgeschlossen, verdrängt, unsichtbar gemacht werden) zur Verfügung stehen. Dies vor allem "um Inhalte transparent zu machen, Diskussionen, sobald sie sich aufdrängen, auszutragen, und um das breite Meinungsspektrum der 'Linken' unverzerrt zu präsentieren." (aus dem — unserem Wissen nach — ersten veröffentlichten Konzept; Frühling 1988) Als unabhängiges Gegenmedium zur bürgerlichen Presse sollte das Tatblatt den WiderstandskämpferInnen ein Kommunikations- und Diskussionsorgan sein und somit infrastrukturelle Möglichkeiten bieten, der "Isolierung einzelner linker Gruppen und Personen" entgegenzuwirken und "damit (...) Organisierung und Solidarisierung" zu fördern (TB minus 101). Der Medienmanipulation von oben sollte durch jenen kontinuierlichen Meinungsaustausch (von unten) entgegengetreten werden, durch ein verbindendes, von einer breiten Bewegung/Basis gestaltetes und durch deren (gemeinsame) Reflexionen getragenes Kommunikations- und Informationsmittel.

Das Projekt wollte eben kein "besseres" Nachrichtenblatt, sondern "ein Medium sein, mit dem gesellschaftsverändernde Prozesse unterstützt und vorangetrieben (eventuell angeregt und angestiftet) werden." (TB minus 101). Deswegen: kein intellektuelles Tagblatt, sondern ein **rebellisches Tatblatt.**

Nun denn, also: was ist daraus geworden, wie hat sich das Projekt entwickelt, was hat sich seit damals ereignet? Oder — um die Fragestellungen vom letzten Mal (vgl. Herrschaftsseiten TB minus 68) noch einmal konkret aufzunehmen: wo lassen sich im TB und der ihr entsprechenden Bewegung trotz alledem herrschaftliche (monologische, monopolistische) Strukturen wiederfinden?

VON DER BREITEN BASIS UND IHRER ZUSAMMENARBEIT

Freilich können wir nicht beurteilen, was sich "im Hintergrund" an Kontakten und Zusammenarbeit ergeben hat; aber, was sich uns bisher an breiter Basis, die dieses Projekt tragen sollte, präsentiert, stimmt uns traurig, ärgert uns, empfinden wir oftmals als unerträglich. Viel zu oft hatten wir das Gefühl, dass es denen, die mit ihren Artikeln zum Tatblatt "beitrugen", lediglich um ein weiteres Organ ging, in dem sie sich selbst darstellen und agitieren konnten. Viel zu oft hatten wir das Gefühl, dass es eben nicht um Zusammenarbeit und Gestaltung eines gemeinsamen Projekts ging, sondern um den Versuch, dieses (gerade in seiner Offenheit willkommene) Medium für die eigenen Anliegen rücksichtslos zu instrumentalisieren. Das Austragen persönlicher Fehden und alter "politischer" Grabenkämpfe (vgl. Opernballdemo-Diskussion oder der Streit um das Karam Khella-Interview) zeugen für mich dafür ebenso wie die Selbstverständlichkeit, eigene Flugblätter oder mehr oder weniger aktuelle Artikel wiederzuverwerten. Zusammenarbeit wurde unserer Einschätzung nach nur selten gesucht, auf ein Gemeinsames nur selten Bezug genommen. So schien mir das Tatblatt vielzu oft zur quasi naturhaften, blossen Einrichtung herabgewürdigt, die benutzt und ausgenutzt wird: als — metaphorisch gesprochen — breiter Bauchladen, in den alle ihre vorgefassten Meinungen, Berichte, Aufrufe hineinlegen, offensichtlich unberührt davon, wer dies zu tragen hat und wie sich etwas von einer blossen (ungeheuren Waren-)Ansammlung zu einer Zeitung gestaltet. (An dieser Stelle, falls das noch missverständlich geblieben sein sollte: ich finde es toll, dass es ein Tatblatt bzw. ein Kollektiv gibt, das allen Anfeindungen und Schwierigkeiten zum Trotz [immer noch] stand hält und durch die [viel zu oft unsichtbar gebliebene bzw. bleibende] Arbeit einiger Unermüdlicher getragen wird. Dickes Lob, Kraft, Liebe und Sonnenschein endlich auch einmal von der anderen Seite!!!! Hoffentlich ist unser Artikel auch so gehalten, dass dies bei aller Kritik auch spürbar wird/bleibt/ist). Nun ja. (kleine Verlegenheit): Nun soll es jedenfalls gehen um

LINKE ZUSAMMENHÄNGE

Die wenigen Ansätze an Diskussion, die sich dann im TB überhaupt entspannen, waren von einer solchen Unerbittlichkeit und Arroganz geprägt, dass bald offensichtlich war, dass es mehr um die Verteidigung von Meinungs- und Organisations-

monopolen und um das Austragen der daran hängenden persönlichen Wickel, Eifersüchteleien und Machtkämpfe ging, als um die dialogische Praxis des Für- und Wider-Haltens, der Verständigung und der wechselseitigen Erkenntnis auf ein Höheres, Gemeinsames hin. Einerseits erstarren die Formen der Berichterstattung über Demos, Prügeleien mit Bullen bzw. Neonazis, Verhaftungen oder Prozesse in der immergleichen Dynamik von immergleicher Betroffenheit, Empörung und Reaktion. Andererseits bleibt es gerade bei der Breite des Spektrums an Nachrichten über das "Böse" oftmals bei der blossen Widerspiegelung von skandalösen Zuständen, Vorhaben und Forderungen. Da gab und gibt es zu wenig Bereitschaft, Fragestellungen bzw. Probleme, über die berichtet wurde, wieder aufzunehmen, zu erläutern, zu erweitern, zu konzentrieren. Es bleibt beim einmaligen Aufgreifen von allgemeinen Themen wie Umweltpolitik (SEED-Konferenz — TB minus 72), Gesellschaft und Religion (die antikerikalen Umtriebe oder die Buchbesprechung über New Age), Gentechnologie (minus 87), Datenerfassung- und Vernetzung (minus 89), Wohnungspolitik (minus 86), IWF bzw. Kapitalkonzentration (vgl. minus 84). Sporadisch erfolgen Berichte zu so brisanten Themen wie Häfn oder Psychiatrie, aber die Auseinandersetzung verkürzt sich zur blossen Mitteilung. So bleiben die übermächtigen Zusammenhänge von Widerstand und Repression, Herrschaft und Ohnmacht unbedacht. In dieser Heterogenität sinken sie rasch zur Beliebigkeit herab, die Themen bekommen etwas Beiläufiges, bis sie sich schliesslich dem, für Gewaltverhältnisse und Ideologie "blinden", personalisierenden, in Freund-Feind-Bild-Schemen eingezwängten Stil bürgerlicher "Berichterstattung" gefährlich angeglichen haben (vgl. dazu den Artikel über die unglaublichen Zustände an Wiener Kunstschule vom letzten Mal oder den über das Drogentherapieprojekt "Ganslwirt" — minus 70). So bleiben meistens gerade die Zusammenhänge, die es zu erhellen gelte, weiterhin im Dunkel.

So mangelt es — entsprechend dem Defizit an Zusammenarbeit — eben auch an der Herausarbeitung von Zusammenhängen, dem Herstellen von Verbindungen, der Übersicht, wie Herrschaft in all den unterschiedlichen Bereichen, über die berichtet wurde und wird, zusammenwirkt, wie sie sich ausbreitet und festsetzt.

Vor allem die für ein Medium und ihre MacherInnen doch eigentlich entscheidende Reflexion auf ihre eigenen Strukturen, auf den Verlauf und die Gestaltung von Kommunikation, blieb aus. Ein selbstorganisiertes Zeitungsprojekt als Infrastruk-

tur für unterdrückte, verzerrte und ausgesparte Nachrichten ist zweifellos ein wichtiger und notwendiger Akt des Widerstands gegen die bestehenden Medien- und Meinungsmonopole. Ihre manipulativen Strukturen tatsächlich zu brechen würde freilich mehr erfordern als die bloße Änderung (Umkehrung) ihrer Inhalte. Freilich, möchten wir hier noch einmal ausdrücklich betonen, dass diese Veränderungen keine alleinige Sache des Kollektivs ist (an die ohnehin viel zu viel Arbeit und vor allem auch Verantwortung delegiert wird). Zu Herzen nehmen sollte sich diese Kritik vielmehr eben genau jene Basis einer Bewegung, die das Tatblatt nicht nur als einen weiteren Informationskanal, eine weitere Kommunikationsware, sondern als herausfordernder Versuch einer umfassenden (medialen) Gegenkultur begreifen.

Gerade die "Offenheit" des Konzepts und der Anspruch, Teil einer breiten Bewegung zu sein, sowie Infrastruktur und Kommunikationsnetz für einen differnten und differenzierten, basisorientierten Kampf, bringt auf vielfältigste Weise die reale Gespaltenheit, die Gegensätze, Trennungen und Streitereien dieser Bewegung zum Ausdruck und reproduzieren sie immer aufs Neue. Nichts anderes als diese Gespaltenheit spiegelt sich in der oftmals zerstreuten Themensammlung der TB-Artikel wider. Ihr ist freilich weder theoretisch noch paraktisch mit dem Versuch zu begegnen, eine möglichst einheitliche, uniforme Massenlinie herzustellen. Vielmehr ging es, unserer Ansicht nach, auch in der medialen Vermittlung um das, was für die Dynamik von Revolten und rebellierendem Widerstand allgemein Geltung hat: um die Bewegung von Ungleichem, um die Vielfalt an Ansatz- und Aktionspunkten, um ein möglichst breites Spannungsfeld an Politisierung und Politik. Es ginge um so etwas wie ein Fruchtbarmachung von Differenzen, um deren, wenn auch nur lose Vernetzung, um das Herstellen von Zusammenhängen über alles Trennende hinweg, um das Herausarbeiten von Schwerpunkten und Verbindungen.

WIDER DIE MONOPOLE

Ein Schritt in dieser Richtung kann wohl nur über die Forcierung einer Herrschaftsfreiheit antizipierenden {Antizipieren = etwas [gedanklich] vorwegnehmen; Anm Duden} Diskussion erfolgen, durch den Versuch, so viel wie möglich Rollentausch, Vielfalt der An- und Einsichten zu bringen und die Grenzen des Textes und der reifizierten (= konkretisieren, vergegenständlichen; Anm Duden) Mitteilung hin zum lebendigen Austausch, zur diskursiven, wechselseitigen Vernetzung zu überschreiten. Damit ist eben nicht die bürgerliche "aktuelle Vielfalt" mit ihrer entqualifizierenden Gleichmacherideologie gemeint, die, unbeachtet aller Widersprüche, eines in harmonistischer Koexistenz neben das andere stellt; vielmehr sollten, entgegen gängiger Verschleierungspraxis,

Zusammenhänge hergestellt werden und Differenzen, statt gegeneinander ausgespielt, politisiert und zu eben jener vielbeschworenen "Basis" werden, von der aus sich politischer Widerstand theoretisch wie praktisch zu entfalten und bewegen beginnt. Wichtig wäre dazu "inner"- wie "ausser"halb des Tatblatts auch die politische Auseinandersetzung über Ideologie, über die Argumentationen, über eine Kritik an Begriffen und Erklärungen, ein Hinterfragen und Weiterverfolgen des einmal Benannten und Berichteten, des Unternehmens wie des weiter zu Unternehmenden.

Denn neben der Art, sich in zumeist (eher mehr als weniger) herrischer Form (nicht) aufeinander einzulassen bzw. Kritik nur als negative und destruktive zu begreifen, gibt es auch jene Kritik, die als Nicht-Kritik, als Auslassung, als Unterlassung das Tatblatt seit jeher bestimmt. Nicht-Kritik meint sowohl, dass sich die einzelnen Beiträge kaum positiv, in konstruktivem Sinne aufeinander beziehen, als auch, dass schon in der Berichterstattung bzw. Zeitungsgestaltung wesentliche Bereiche in traditioneller Weise ausgespart werden. (z.B. feministische Inhalte oder Kulturkritik in einem umfassenderen Sinne oder eben Kritik an der Gestaltung, nicht zuletzt auch der damit vorgenommenen politischen Ausrichtung). Inhaltliche Verbindungen, die Erläuterung von breiteren politischen Kontexten sind damit gemeint, die Neuformulierung von bestimmten Zugängen, die Reflexion auf politische Ereignisse, die mehr ist, als eine Begründung für eine weitere Demo oder irgendeinen Boykott-Aufruf.

Und dann gelte es, sich gerade jenen Streitpunkten anzunehmen, die eher am Rand des Tatblattes stehen, die auch hier — wie in der Gesellschaft — leicht übersehen und übergangen werden (Da fällt uns der Erfahrungsbericht einer Frau aus der autonomen Szene ein, der offene Brief der Berliner Autonomen zur Opernball-Demo oder zuletzt der Leserinnenbrief der Anti-

faschistin).

VIELFALT UND DIFFERENZ

Es ist klar, dass es bei der herrschenden (Medien-)Politik tatsächlich unheimlich viele verschiedene Dinge zu berichten gab und gibt, die sonst verschwiegen würden und werden. Doch über all dem, was da zu berichten als so unaufschiebbar wichtig erscheint, überall dem, wo sich das Böse formiert und erbarmungslos zuschlägt, verbirgt die pluralistische Ideologie gerade auch die Strukturen ihrer Auswahl, ihre Präferenzen, ihre eigenen "blinden Flecken". Statt dem zerstreuten "Mal dies — mal das" würden wir uns die Bildung von Schwerpunktthemen wünschen, die dann längerfristig vorbereitet werden (z.B. Rassistismus-Sexismus, Widerstandsstrategien, Perspektiven und Ziele von Solidaritätsgruppen, Arbeitsbedingungen von Frauen, alltäglicher [Anti-]Faschismus etc.) und die zu einer intensiveren, konzentrierteren Auseinandersetzung führen könnten.

Dazu fehlt uns insgesamt einerseits jener Bezug zur Alltagsrealität, zu den nur allzu oft als banal diskreditierten Fragen des Wo und Wie, der alltäglichen Subversion in (wobei es ja auch dazu zahlreiche Ansätze gab: von der Anfertigung von Sprayschablonen über das Verlegen von Antennenkabeln bis zur ja immer noch währenden lehrreichen Mathias N.-Serie)

Auch zu, bürgerlicher Aktualität entsprechenden Nachrichtenhits wie Südamerika oder Afrika oder eben Palästina würden wir uns mehr umfassendere Auseinandersetzung wünschen. Unserer Ansicht nach könnten gerade solche Schwerpunktbildungen dazu dienen, auch das leidige Diskussionsverhalten zu verändern. Gerade das Forcieren von konkreten Fragestellungen könnte die Beiläufigkeit von Aufklärung und Widerstand und die oft in blosser Moral verpuppte Resignation begreif- und damit auch veränderbar machen. ●

*Das zweite Jahr **TATblatt** ist mittlerweile nun auch bald vorbei.*

*Zwei Jahre **TATblatt** — das sind freilich nicht nur zwei Jahre Meldungen, Artikeln, und so, das sind zwei Jahre Entwicklung. Was waren damals unsere Ansprüche? Was sind heute unsere Ansprüche? Was kommt wie dabei raus,... Und was wollt ihr beispielsweise?*

*Verschiedene Kritikpunkte und Vorwürfe tauchten wiederholt auf, werden aber allzuoft auch nicht artikuliert, geschweige denn ausdiskutiert. Ein Versuch, dem Abhilfe zu schaffen soll eine Diskussionsveranstaltung zum Thema **TATblatt** sein, die am*

Di. 3. Juli im ROTSTILZCHEN

(Wien 5, Margaretenstraße 99 — dort, wo alles begonnen hat!) um 20 Uhr beginnen wird.

Rad-Sternfahrt zu Blasmusiktreffen



(TATblatt-Wien)

Am 9. Juni fand wieder einmal die alljährliche, von der ARGUS initiierte Wiener Radsternfahrt statt. Aus neun Richtungen strömten insgesamt hunderte RadlerInnen dem Heldenplatz zu. Dort aber hatten sich unterdessen Militärs und Paramilitärs aus ganz vielen Herren Länder zusammengerottet und erwarteten die RadlerInnen — oder erwarteten sie eigentlich ganz und gar nicht — mit zahlreichen Blasmusik-Einheiten.

Das Aufeinandertreffen beider Veranstaltungen verlief gewissermaßen irgendwie. Gegenseitiges Kopfschütteln war die Folge. ●

Halt vor dem Regenwald

Eine Broschüre von Global 2000

(global 2000)

Als der deutsche Naturforscher Alexander von Humboldt Ende des 18. Jahrhunderts zum ersten Mal den feuchten, immergrünen Regenwald Südamerikas besuchte, wollte er ihn gar nicht mehr verlassen, da er hier "alle Pflanzengestalten der Erde zu sehen bekäme". Zu Humboldts Zeit bildeten die tropischen Regenwälder einen 16 mio. Quadratkilometer mächtigen Gürtel um den Äquator. Heute ist der Bestand der Regenwälder um knapp die Hälfte reduziert. Jährlich werden weitere 200.000 Quadratkilometer, die zweieinhalbfache Fläche Österreichs, durch Brandrodungen, kommerziellen Holzeinschlag, Viehfarmen und industrielle Großprojekte vernichtet.

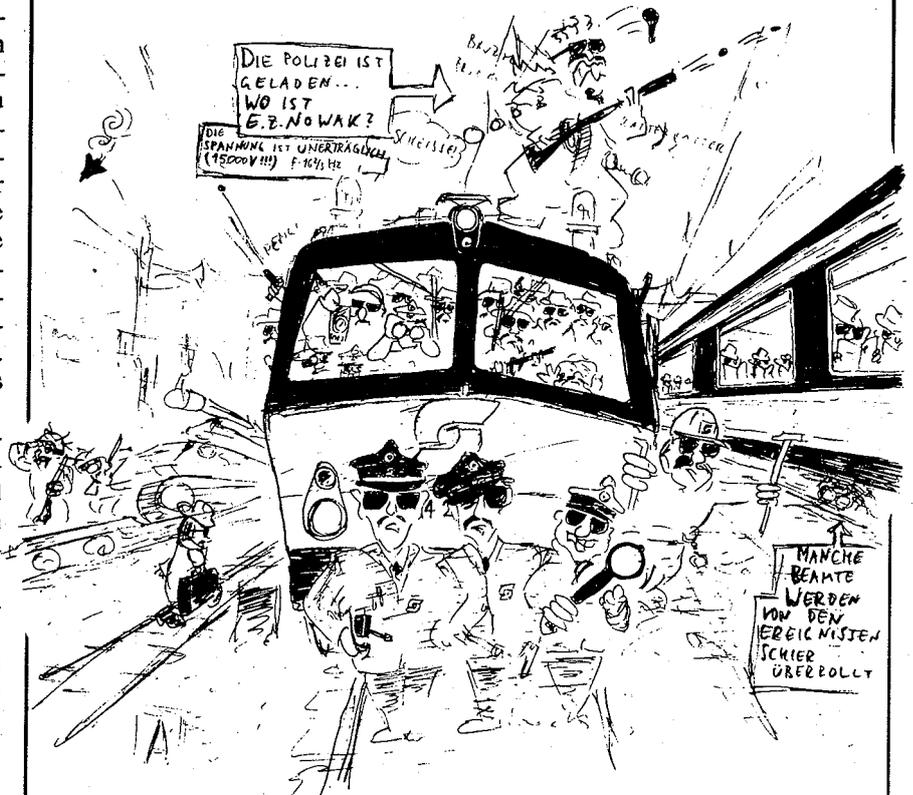
Die Folgen dieses gewaltigen Ökozids lassen sich noch kaum abschätzen:

Der Regenwald ist für das weltweite Klimasystem als Wasser- und Kohlenstoffspeicher von existenzieller Bedeutung, niemand weiß, wieviel Regenwald erhalten bleiben muß, um die globalen Klimakreisläufe nicht irreversibel aus dem Gleichgewicht zu bringen. Der Regenwald hat zudem eine große Bedeutung als "Bio-Labor": Obwohl der gigantische Artenreichtum der Tropenregionen — zehn Hektar können mehr Baumarten beheimaten als ganz Nordamerika — noch großteils unerforscht ist, haben bereits ein Viertel aller Medikamente ihren Ursprung im Regenwald. Leukämiekranken Kindern hilft ein natürlicher Wirkstoff aus der Periwinkleblüte, Progesteron für die "Pille" wurde in der Yamwurzel entdeckt.

Diese und andere Basisinformation zum Themenkreis sind in der eben erschienenen Broschüre "Betrifft Regenwald" der Umweltschutzorganisation Global 2000 nachzulesen. Weiters wird ein Überblick über die internationale Kampagne zum Schutz der Regenwälder gegeben und ausführlich auf Österreichs Rolle bei dieser Umweltkatastrophe eingegangen. Die Broschüre ist um 50 öS bei Global 2000, Hahng. 15/14, 1090 Wien, Tel. 340342 zu beziehen. ●

Keine Spur von MATHIAS N.

Also, die Sache ist eine die: E.Z. Nowak, der Autor unseres Fortsetzungskrimis »Hoppala — Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des Mathias N. ist hals über Kopf irgendwohin abgereist. »Wegen Psychos, und so, und überhaupt«, wie er dem TATblatt in einem vertraulichen Gespräch (exclusiv) anvertraute. Das Schicksal des Mathias N., der Isabella R, und all der anderen, insbesondere aber auch des Jochen R. muß leider bis auf weiteres ungeklärt bleiben. ●Wir bedauern.



EINE EILIGST EINGESETZTE OBSERVATIONSGRUPPE SUCHT — ALS BUNDESBahnBEDIENTENGETARMT — NACH DEM VERRICHTEN E.Z. NOWAK. WIE IN HÖCHSTEN POLIZEIKREISEN VERMUTET, SOLL ER GEMEINSAM MIT MATHIAS N. UNTERWEGS SEIN.

BESONDERE BEACHTUNG IST AUF VERMUTETE AUTONOME MIT LAPTOP-COMPUTER* IN BÜRO- ODER MANAGER-ARBEITEN DER MELANZAHN ZU LEGEN, SO DER EINSATZBEFEHL SA UNTER WEITERE KRIMINELLE VERFAHREN.

UNSERE ABBILDUNG ZEIGT EINIGE DER OBSERVANTEN IM BEWEGUNGSFORMATION VOR DEM FÜR OBSERVATIONSWECHE ADAPTIERTEN TER. 1044 203 114 BEZICH DES WIENER SÜDBAHNHOFES.

*Vornehmlich östlicher Herkunft. Fabrikationsdatum vor Ende 1977

LeserInnenbrief

zu dem artikel herrschaftsseiten im TATblatt minus 68

Wollt ihr uns verarschen?

ein zitāt aus dem text: das ...ausgrenzen der sprech- und sprach- als denk- und darstellungsproblematik als grundlage jeden (politischen) dialogs spinnt bestehende unterdrückungsverhältnisse weiter, legt informell (führungs- und organisations-)vorrechte und ansprüche fest, fördert nicht aufklärung, sondern hemmt sie, ... habt ihr nicht gemerkt, daß ihr hier genau das Macht, was ihr kritisiert? wir zwei haben diesen artikel nur sinngemäß (?) verstanden, im detail verstanden wir fast gar nichts, wir finden es gut, richtig und wichtig, über das thema zu diskutieren, aber müßt ihr denn wirklich über sprache als Macht sooo kompliziert/mächtig schreiben?

mit solidarischen grüßen und kritiken zwei unwissende ●

Betrifft: TATblatt

Tja, das war wieder einmal das TATblatt. Was vielleicht aufgefallen sein mag, ist die Spärlichkeit von LeserInnenbriefen in dieser Ausgabe. Das hat zweierlei Gründe: Der erste ist, daß keine Briefe gekommen sind, der andere, daß die die gekommen sind, nicht im TATblatt sind.

Woran liegt das?

1.) Ein LeserInnenbrief der Autonomen Palästina-Gruppe (APG) zur Karam Khella-Diskussion: Wir haben im letzten TATblatt sehr ausführlich erklärt, warum wir diese Art der Diskussionsführung im TATblatt nicht fortsetzen wollen. (vgl. Stellungnahme einiger des Tb-Kollektivs). Das war auch mit der APG abgesprochen. Da wir eine unsrige Stellungnahme aber auch zusätzlich zu dem damals erschienen Brief von ihnen abgedruckt haben, wollen sie nun auch noch auf diesem reagieren. Nach einigen Diskussion haben wir uns bereiterklärt, auch das noch zu bringen, wenn es rechtzeitig kommt und von ihnen in Computer getippt wird. Das wurde nicht erfüllt. Bekommen haben wir eine Maschinschriftvorlage, zwei Tage nach Redaktionsschluß. Der Beitrag folgt daher das nächste Mal.

2.) Ein Leserbrief von Karam Khella höchstpersönlich, allerdings mit 32 Seiten! Wir wollten nur die Zusammenfassung abdrucken, und den gesamten Beitrag als kopierte Broschüre zum Bestellen anbieten. Die APG protestierte allerdings dagegen: Wir werden uns daher mit Khella in Verbindung setzen und nach einer einvernehmlichen Lösung suchen.

3.) Ein Brief der anscheinend von einer Gefangenen in der Schwarz-

zau stammt, die Urheberchaft ist aber nicht klar (z.B. wie kommt eine Gefangene zu einer Tatblatt-Kopie, Sprachstil und Argumentationslinien sind äußerst seltsam...) wird samt einem Kommentar in den nächsten Lesbennachrichten (liegen im Frauenzentrum auf) veröffentlicht werden, da die entscheidenden Passagen nur Lesben und andere Frauen angehen.

Nun noch ein paar Worte zur unmittelbaren Zukunft des TATblatts: Der Sommer steht vor der Tür, und wie angekündigt, begeben wir uns in selbigem in eine gleichnamige Pause. Das letzte TATblatt erscheint am 3. Juni (oder ausnahmsweise vielleicht ein paar Tagerln später). Dieses letzte TATblatt vor der Sommerpause wird dafür aber besonders dick (Doppelnummer oder so oder irgendwie). Im Falle besonderer Ereignisse, wie etwa der drohenden Räumung des Rotstilizchens werden aber Sonder-TATblätter verschickt werden! Jetzt sollte ich laut Plenumsbeschluß da noch einen Text zitieren, den ich jetzt aber nicht mehr raussuchen möchte, außerdem paßt er platzmäßig eh nie mehr da rein. Das ist übrigens die kleinste Schrift, die unser Computer kann.

Über das Produktionschaos erübrigt es sich inzwischen, Worte zu verlieren. Ich möchte aber nicht garantieren, daß ich da beim Lehaut jetzt alles gefunden hab...

Wie auch immer: In diesem Sinne: Liebe & Kraft, so guts halt geht, bis zum nächsten TATblatt.

Ein paar vom TATblatt ●

Termine:

Wien:

Di, 19. Juni:

●"Nie wieder Deutschland" – Kongreß der radikalen Linken (BRD)

Informations- und Diskussionsveranstaltung von der Schwarzen-Distel
19.00 Uhr; FLEX; 12, Arndtstraße 51

●Statspolizei bespitzelt Grüne – Handlungsmöglichkeiten und Abwehr

Vertreter der ARGE DATEN und J. Sander (Datenschutzrat, Grüne)
19.30 Uhr; GRÜBI, 6, Eggertgasse 3

●"In deutscher Hand" – Österreichs Wirtschaft im Ausverkauf

Diskussionsveranstaltung mit Margit Scherb, Inge Morawetz, Günther Nennung
Veranstaltet von der EG-Opposition
20.00 Uhr; NIG, Hörsaal II; 1, Universitätstraße 7

●"David gegen Goliath"

Film über den Befreiungskampf der Sahrani gegen die marokkanische Besatzung und das Lagerleben in den algerischen Flüchtlingslagern
Anschließend Diskussion mit einem Vertreter der Frente Polisario
20.00 Uhr; BACH, 16, Bachgasse 21

Do, 21. Juni:

●"Polizeistaat Österreich" – Das neue Verunsicherungspolizeigesetz
Jour Fixe mit Brigitte und Hella

(BürgerInnen Beobachten die Polizei)

19.30 Uhr; 19, Friedlgasse 40

Sa, 23. Juni:

BACH-Straßenfest
Viel Politisches und sonstiges Kulturelles
ab 11.00 Uhr; 16, Bachgasse

●2. Flohmarktfest gegen alle Versuche, den Flohmarkt zu zerstören für freien Zugang für Arme aus dem In- u. Ausland gegen die Bedrohung durch Polizei und Marktamt für freie Trödelmärkte in allen Bezirken für multikulturelle Zentren, wo immer sie entstehen gegen Fremdenhaß und die Faschisten hier und anderswo mit Musik, Essen, Trinken, Tanzen, Spaß und Phantasie
ab 12 Uhr; beim Flohmarkt (Parkplatz)

●Blyth Power
Flex; 12, Arndtstr.51

So, 24. Juni:

●Solifest fürs KOMM 24 mit Folk von MAIMAH
14 Uhr; 14, Psychiatrie am Steinhof, Baumgartner Höhe, Pav. 24

Di, 26. Juni:

●MISSPEK-Treffen
MieterInneninitiative gegen Sanierungsspekulation
19.00 Uhr, CI, 16, Payergasse 14

27. Juni - 28. Juli

●"Tolle Aussichten" – Kabarettistischer Kurs für Aufsteiger von und mit Richard Weihs
Di bis Sa, 20 Uhr; Amerling-

haus, 7, Stiftgasse 8

Do, 28. Juni:

●"Agrarmarktordnung im Spiegel der Zeit"
18.30 Uhr; iwk, 9, Berggasse 17

Fr, 29. Juni:

●"Mach Liebe statt Krieg"
Von der Unfähigkeit, zu lieben in unserer Zeit
19.00 Uhr; iwk

Di, 3. Juli:

●TATblatt-Info-Veranstaltung um 20 Uhr im Rotstilizchen (5, Margarettenstraße 99); Siehe Seite 22)

8. - 15. Juli:

●6. Frauensommeruni
"Autonomie in Bewegung"
Arbeitskreise, Vorträge, Workshops, kulturelles Rahmenprogramm
Kontakt: 0222/58 801/58 92
VHS Ottakring; 16, Ludo Hartmannplatz 7

Burgenland:

Fr/Sa, 22/23. Juni:

●"EXPOniert" – Bedeutung der Weltausstellung 95 für den Osten Österreichs
Näheres dazu im EXPO-Artikel in dieser Nummer
Infos und Programm: 0222/31 29 732 oder 02682/61 363
Burg Schlaining

Salzburg:

●Aktionskalender zu Wohnungsnot in Salzburg

(siehe auch Artikel in dieser Nummer)

Do, 21. Juni:

●"Plattform gegen Wohnungsnot"
20.00 Uhr, Zipfer Bierhaus

Fr, 22. Juni:

●Die Kirche baut auf dem Kapitelplatz eine Favelaansammlung (In Brasilien werden die einfachen, zumeist aus Wellblechhütten bestehenden Behausungen Favela genannt. Übrigens: der Kirche gehört ein Drittel der Gebäude im Salzburger Altstadtbereich). Wir werden dort eine typische Salzburger Behausung aufbauen.

So, 24. Juni:

●"Probleme der AusländerInnen mit der Wohnungsnot"
Autonom geführte Diskussion
20.00 Uhr; Arkadas, Gabelsberger Straße 17

Di, 26. Juni:

●1. konkrete Planungsbesprechung zum "Rockhaus"
19.30 Uhr; Urbankeller

Linz:

Sa, 23. Juni

TATblatt-Fest

mit Stand to Fall
20.00 Uhr; KAPU, Kapuzinerstr. 36

Das TATblatt erscheint alle 14 Tage. Da wir das TATblatt als ein, in einer Entwicklung befindliches Projekt erachten, sind die Ausgaben von minus 101 ausgehend in Richtung Nullnummer nummeriert. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den offenen TATblatt-Plena getroffen. Nicht alle Artikel müssen vollinhaltlich der Meinung des Kollektivs entsprechen, Kritik und Mitarbeit ist jederzeit willkommen.

TATblatt-Wien:

1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11
Telefon: (0222) 57 49 543

Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Graz:

8010, Kastellfeldg 34/16
nächstes Treffen: 27. Juni, 17 Uhr

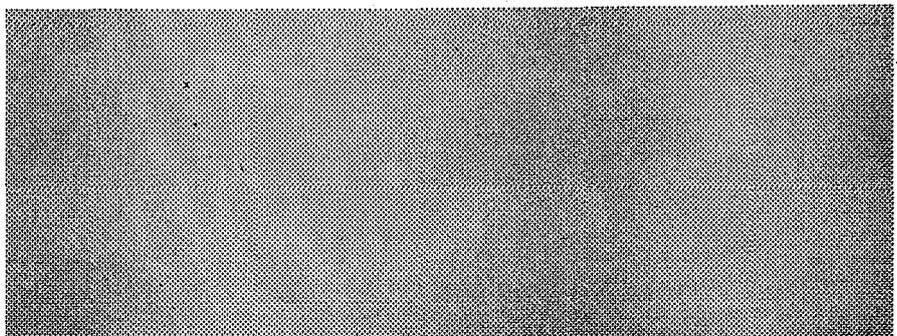
TATblatt-Linz:

Treffen: jeden Mittwoch um 20-Uhr im Medienzentrum; 4020, Schubertstr 35/ Keller.

TATblatt-Innsbruck:

Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

DAS NÄCHSTE TATBLATT ERSCHEINT AM 3. JULI, DOCH DANN IST SOMMER-PAUSE!!!



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung ist solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!

Das TATblatt im Abo

Preise: Abo für 10 Ausgaben: S 96.-; Abo für 20 Ausgaben: S 190.- (innerhalb Österreichs)
Bei Förderabos kannst du selbst bestimmen, wieviel du zahlen möchtest (mindestens natürlich S 96.- bzw S 190.-)
Ein »Auslandsabo« kostet S 150.- für zehn Ausgaben.
Ein TATblatt-Abo bestellst du, indem du den jeweiligen Geldbetrag auf unser Konto (P.S.K. 7547 212; lautend auf Unabhängige Initiative Informationsvielfalt) einzahlst. Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 bzw 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch die Neu-Einzahlung verlängert wird.



Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt;
1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11
Telefon: (0222) 57 49 543
Bankverbindung/Konto:
P.S.K 7547 212;
DVR Nr: 0558371
Druck: Eigendruck

Wien:

Buchhandlungen:

- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Brigitte Hermann (1, Grünangergasse 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstr 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Kiosk R.A. Keream (1, Kämtner-torpassage)
- Rive Gauche (Wien 2, Taborstraße 11b)
- Sprachlos (3, Radetzkystraße 6)
- VKA (6, Stielegasse 20)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstraße 15)
- Reisebuchladen (9, Kolling. 6)
- Schiefel (10, Levenhauerstr 4A)

Einzelverkaufsstellen

diverse Läden:

- WhyNot (6, O.-Bauer-Gasse 16)
 - Naturmkt St Josef (7, Zollerg 26)
 - EZA (8, Lerchenfelder Str 18-24)
 - Makrokosmos (8, Strozsig 38)
 - Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)
- Beisln:**
- Rotstiltzchen (5, Margaretenstraße 99)
 - Rosa-Lila-Tip (6, Linke Wienzeile 102)
 - KuKu (6, Linke Wienzeile 98)
 - FLEX (12, Arndtstraße 51)
 - Club International (16, Payerg 14)
 - RACH (16, Bachgasse 21)

außerdem:

- ARGE für Wehrdienstverweigerung (1, Schotteng 3a/1/4/59)
 - Infoladen (5, Margaretengürtel 122-124/1/Keller; Di&Do 17-21, Mi 15-19 Uhr)
 - MieterInnen - Interessensgemeinschaft (10, Antonplatz 22; Mo&Mi 15-18.30)
- Graz:**
- Friedenswerkstatt (Paulustorg 3)
 - Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorferg)
 - Bücherstube (Prokopigasse 16)

Linz:

- Alternativladen (Zollamtsstr 20)
- Buchhandlung Alex (Hauptplatz)

Innsbruck:

- Am Haven (Innrain 157)
- Buchhandlg Parnaß (Speckbacherstr 21)

anderswo:

- Schwerberg: Kulturverein Kanal (Josefstal 21)
- Schwatz in Tirol: Dritte Welt Laden

Änderungen vorbehalten!